

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 23/2024

6. Juni 2024

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der VwV Bedarfswweisungen vom 15. Mai 2024 586

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung über die Dienstkleidung des Justizvollzugsdienstes und des Justizwachtmeisterdienstes (VwV Justizdienstkleidung) vom 30. April 2024 589

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung über einen Teilnahmewettbewerb zur Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen von Gefangenen in den Sächsischen Justizvollzugsanstalten vom 17. Mai 2024 597

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Antrag auf wesentliche Änderung der Biogasanlage Oschatz der Firma BALANCE Erneuerbare Energien GmbH am Standort Kirschallee 10, 04758 Oschatz OT Leuben – Erörterungstermin – Gz.: 44-8431/2793 vom 16. Mai 2024 605

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Antrag auf Errichtung und Betrieb eines Zwischenlagers für gefährliche Abfälle der Firma Nickelhütte Aue GmbH am Standort Wasserstraße 49, 08280 Aue-Bad Schlema – Auslegung des Antrages und der Unterlagen – Gz.: 44-8431/2863 vom 21. Mai 2024 606

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der Verbandssatzung und der Bildung des Zweckverbandes Lessingbad Kamen z vom 25./26. März 2024 Gz.: 20-2217/198/1 vom 21. Mai 2024 608

Verbandssatzung des Zweckverbandes Lessingbad Kamen z 609

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) Gz.: 20-2217/124/9 vom 21. Mai 2024 613

Satzung des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig – ZVNL – (Neufassung inkl. 5. Änderung) 614

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der VwV Bedarfszuweisungen

Vom 15. Mai 2024

I. Änderung der VwV Bedarfszuweisungen

Die VwV Bedarfszuweisungen vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 390), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 1. Dezember 2023 (SächsABl. SDR. S. S253), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
„Verwaltungsvorschrift
des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen
über das Verfahren und die Verwendung
von Bedarfszuweisungen
und zweckgebundenen Schlüsselzuweisungen
nach dem Sächsischen Finanzausgleichsgesetz
(VwV Bedarfszuweisungen)“

2. Ziffer I wird wie folgt gefasst:
„I.
Zuweisungen zur Durchführung der
Haushaltskonsolidierung gemäß § 22a Nummer 1
des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes

1. Zuweisungszweck, Zuweisungsempfänger
Bedarfszuweisungen können kreisangehörigen Gemeinden, Kreisfreien Städten und Landkreisen zur Durchführung der Haushaltskonsolidierung gemäß § 22a Nummer 1 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes gewährt werden, wenn dies zu einer strukturellen und nachhaltigen Verbesserung der Haushaltssituation führt. Darüber hinaus können im Einzelfall kreisangehörigen Gemeinden, Kreisfreien Städten, Landkreisen sowie kommunalen Zweckverbänden und kommunalen Unternehmen Bedarfszuweisungen für Gutachten zu Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung gewährt werden, sofern dies zur Schaffung der Voraussetzungen für die Bewilligung einer Bedarfszuweisung nach Satz 1 geeignet und erforderlich ist.

2. Zuweisungsvoraussetzungen

- a) Bei Antragstellung auf Zuweisungen zur Durchführung der Haushaltskonsolidierung ist ein vom Hauptorgan (Gemeinderat, Stadtrat, Kreistag, Verbandsversammlung) beschlossenes und von der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde geprüftes Haushaltsstrukturkonzept vorzulegen. Mit dem Haushaltsstrukturkonzept ist glaubhaft zu machen, dass es der antragstellenden Kommune nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Bestimmungen der Sächsischen Gemeindeordnung am Ende des Konsolidierungszeitraums gelingt, den Ergebnishaushalt unter Außerachtlassung von Fehlbeträgen aus Vorjahren auszugleichen, die Gesetzmäßigkeit des Finanzhaushaltes herzustellen oder die entweder bereits eingetretene

oder sich abzeichnende bilanzielle Überschuldung wieder zu beseitigen oder abzuwenden. Im Regelfall sollen die Konsolidierungsziele innerhalb von fünf Jahren (Planjahr plus vier Folgejahre) erreicht werden. Die antragstellende Kommune hat darzulegen, warum es ihr trotz der Konsolidierung des Haushaltes nicht aus eigener Kraft gelingt, die Fehlbeträge aus Vorjahren im Ergebnishaushalt auszugleichen und die Gesetzmäßigkeit des Finanzhaushaltes während des gesamten Konsolidierungszeitraums herzustellen. Die Gewährung einer Bedarfszuweisung kommt dem Grunde nach nur dann in Betracht, wenn die Kommune das bis zum Ende des Konsolidierungszeitraums realisierbare Konsolidierungspotential tatsächlich vollständig ausschöpft. An die Mobilisierung vorhandener Ertrags- und Einzahlungsreserven sowie Einsparmöglichkeiten sind strengste Maßstäbe zu legen.

- b) Das Haushaltsstrukturkonzept ist produkt- oder kontenbezogen unter Darstellung der einzelnen Maßnahmen, ihres jeweiligen Konsolidierungsbetrages und des Eintritts ihrer haushaltsrechtlichen Wirksamkeit verbindlich zu beschließen. Es hat im Übrigen die Voraussetzungen gemäß Teil A Ziffer I Nummer 7 der VwV Kommunale Haushaltswirtschaft zu berücksichtigen. Gemeinden, die einen Antrag auf Bedarfszuweisungen nach dieser Ziffer stellen, sollen in der Regel für die Zeit der Haushaltskonsolidierung ihre Hebesätze der Grundsteuer A und B mindestens 60 Prozentpunkte über den landesdurchschnittlichen Hebesätzen der Grundsteuern A und B gemäß § 8 Absatz 2 Nummer 1 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes des Jahres der Antragstellung festsetzen. Die Gemeinden haben zudem eine Anhebung der Gewerbesteuer im Konsolidierungszeitraum zu prüfen und das Ergebnis dieser Prüfung im Haushaltsstrukturkonzept zu dokumentieren. Sofern das vorgelegte Haushaltsstrukturkonzept auch nach Aufforderung durch die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde nicht nach konkreten Einzelmaßnahmen verbindlich beschlossen wird, ist eine Bedarfszuweisung grundsätzlich abzulehnen. Sofern das ordnungsgemäß beschlossene Haushaltsstrukturkonzept die vorstehenden Anforderungen hinsichtlich der Senkung der Auszahlungen und Aufwendungen und Steigerung der Einzahlungen und Erträge nicht erfüllt, ist die Unabweisbarkeit der Auszahlungen und Aufwendungen beziehungsweise die Uneinbringlichkeit der Einzahlungen und Erträge im Antrag glaubhaft zu machen.

3. Art, Umfang und Höhe der Zuweisungen
Die Zuweisung wird regelmäßig als verllorener Zuschuss gewährt, ausnahmsweise als rückzahlbare Bedarfszuweisung (unverzinsliche Überbrückungshilfe). Die Zuweisung soll der Höhe nach grundsätzlich so bemessen sein, dass am Ende des Konsolidierungszeitraums bei zumutbarer Ausschöpfung aller Ertrags- und Einzahlungsquellen und Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit sowie der gesetzlichen Möglichkeiten zur Verrechnung von Fehlbeträgen mit dem Basiskapital der Ergebnishaushalt unter Berücksichtigung der Fehlbeträge aus Vorjahren ausgeglichen ist und die Gesetzmäßigkeit des Finanzhaushaltes hergestellt ist. Außerdem kann ein die Fehlbeträge aus Vorjahren in Summe übersteigender Betrag fehlender liquider Mittel zur Herstellung der Gesetzmäßigkeit des Finanzhaushaltes während des gesamten Konsolidierungszeitraums ausgeglichen werden, regelmäßig aber nicht in voller Höhe. Im Rahmen der Entscheidung kann auch der Einsatz der zweckgebundenen Schlüsselzuweisungen für andere als die in § 15 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes bestimmten Zwecke zugelassen werden. Wurde die zweckgebundene Schlüsselzuweisung im Zusammenhang mit einer Entscheidung über die Gewährung einer Bedarfszuweisung zum Einsatz für andere Zwecke geöffnet, ist diese zwingend hierfür zu verwenden. Stehen der Kommune im Zeitraum der Konsolidierung andere Deckungsmittel zur Verfügung, so kann die zweckgebundene Schlüsselzuweisung zweckentsprechend eingesetzt werden. Während der Zeit der Inanspruchnahme einer rückzahlbaren Bedarfszuweisung sollen die Kommunen in der Regel Kredite zur Komplementärfinanzierung von Investitionen – mit Ausnahme von Investitionen zur infrastrukturellen Grundversorgung – nicht aufnehmen. Dies gilt sinngemäß für kreditähnliche Rechtsgeschäfte sowie Bürgschaften. Die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde kann mit Zustimmung der Landesdirektion Sachsen oder des Sächsischen Staatsministeriums des Innern Ausnahmen zulassen, insbesondere soweit die Investition die Liquidität verbessert. Im Zeitraum der Inanspruchnahme rückzahlbarer Bedarfszuweisungen sind frei werdende Eigenmittel vorrangig für die Sicherung der Rückzahlung vorzuhalten. Auch sofern noch keine abschließende Entscheidung über die Rückzahlung getroffen wurde, hat die Kommune die Rückzahlung der Bedarfszuweisung in ihrem Haushalt zu veranschlagen. Eine rückzahlbare Überbrückungshilfe kann in einen verlorenen Zuschuss umgewandelt werden, wenn die Kommune ihre Konsolidierungsziele im Konsolidierungszeitraum erreicht hat.
4. Verfahren
 - a) Anträge auf Bedarfszuweisungen zur Durchführung der Haushaltskonsolidierung sind vom Antragsteller über die jeweils zuständige Rechtsaufsichtsbehörde gemäß § 112 Absatz 1 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung, § 65 Absatz 1 Satz 1 der Sächsischen Landkreisordnung und § 74 Absatz 1 Nummer 1 und 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit nach dem Muster gemäß Anlage 1 bei der Landesdirektion Sachsen zu stellen. Die Förderung von Gutachten zur Konsolidierung von kommunalen Unternehmen wird im Falle von Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts durch Antrag der Trägerkommunen beantragt.
 - b) Den Anträgen auf Bedarfszuweisungen zur Durchführung der Haushaltskonsolidierung sind auf dem Antragsweg außer den Unterlagen gemäß Ziffer 0 Nummer 4 zur Vorlage beim Sächsischen Staatsministerium der Finanzen beizufügen:
 - der Haushaltsplan einschließlich etwaiger Nachtragshaushalte gemäß § 1 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung vom 10. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 910), die zuletzt durch die Verordnung vom 18. März 2022 (SächsGVBl. S. 259) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, sowie einer dazu abzugebenden Stellungnahme und, soweit vorliegend, die Haushaltsverfügung der Rechtsaufsichtsbehörde,
 - das aufgestellte und vom Hauptorgan beschlossene Haushaltsstrukturkonzept einschließlich der Ausführungen nach Nummer 2 Buchstabe a Satz 4,
 - eine Stellungnahme mit Prüfungsfeststellungen der Rechtsaufsichtsbehörde zum Haushaltsstrukturkonzept,
 - der festgestellte Jahresabschluss des Vorvorjahres; der festgestellte Jahresabschluss kann auch nachgereicht werden; in diesem Fall ist jedoch der zuletzt festgestellte Jahresabschluss vorzulegen,
 - eine Übersicht zur Haushaltslage vor und nach Konsolidierung gemäß Anlage 2 der VwV Kommunale Haushaltswirtschaft und
 - eine Übersicht zu Gebühren, Beiträgen und Entgelten gemäß Anlage 1a.
 - c) Die Landesdirektion Sachsen leitet die Anträge mit einem Bericht zum Sachverhalt, einer Bewertung und einem Entscheidungsvorschlag unter Beifügung der Antragsunterlagen an das Sächsische Staatsministerium der Finanzen weiter.
 - d) Das Sächsische Staatsministerium der Finanzen trifft die Entscheidungen über die Zustimmung nach § 31 Absatz 1 Satz 8 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes im Benehmen mit dem Sächsischen Staatsministerium des Innern. Über die Entscheidung wird die Landesdirektion Sachsen unterrichtet.
 - e) Die Landesdirektion Sachsen erlässt nach vorliegender Zustimmung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen als zuständige Bewilligungsbehörde den Bewilligungsbescheid. Die Bewilligung soll vorläufig erteilt oder mit Nebenbestimmungen versehen werden. Durch die Nebenbestimmungen im Bewilligungsbescheid ist sicherzustellen, dass die antragstellende Kommune die Ziele des zu Grunde liegenden Haushaltsstrukturkonzeptes erreicht. Wird die Zustimmung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen nicht erteilt, erlässt die Landesdirektion Sachsen einen Ablehnungsbescheid.
 - f) Die Umsetzung des beschlossenen Haushaltsstrukturkonzeptes ist von der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde hinsichtlich seiner Zielerreichung zu überwachen. Der Bewilligungsbehörde ist regelmäßig darüber zu berichten, soweit diese nicht ohnehin zuständige Rechtsaufsichtsbehörde ist. Die Nichterreichung der Ziele der Haushaltskonsolidierung kann nach Anhörung des Zuweisungsempfän-

gers zur Rückforderung der bewilligten Bedarfswuweisung führen.“

II.
Inkrafttreten

3. Anlage 1b entfällt.

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 15. Mai 2024

Der Staatsminister der Finanzen
Hartmut Vorjohann

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung über die Dienstkleidung des Justizvollzugsdienstes und des Justizwachtmeisterdienstes (VwV Justizdienstkleidung)

Vom 30. April 2024

Inhaltsübersicht

	I.
	Allgemeines
1.	Geltungsbereich
2.	Dienstlich gelieferte Kleidung
	II.
	Ausstattung mit Dienstkleidung
1.	Grundausrüstung
2.	Ersatzbeschaffung und Ergänzung der Grundausrüstung
3.	Mehrkosten für Sonderanfertigungen
4.	Umtausch, Reklamation und Rückgabe
5.	Bekleidungskonto
6.	Bestandsverwaltung
	III.
	Tragevorschriften
1.	Allgemeine Tragevorschriften
2.	Ärmelabzeichen
3.	Befreiung von der Tragepflicht, Veränderung der Tragevorschriften
	IV.
	Ausstattung mit Schutzkleidung
1.	Art und Umfang
2.	Bestandsverwaltung
3.	Verfahren
	V.
	Zuständigkeiten
	VI.
	Inkrafttreten und Außerkrafttreten
Anlage 1	Ausstattungssoll Dienstkleidung
Anlage 2	Ergänzungsausrüstung
Anlage 3	Ausstattungssoll Schutzkleidung
Anlage 4	Ausstattungssoll Sportkleidung

I. **Allgemeines**

1. Geltungsbereich

- a) Diese Verwaltungsvorschrift gilt für Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte (Bedienstete) des Justizvollzugsdienstes und des Justizwachtmeisterdienstes.
- b) Die Vorschriften der §§ 1 bis 8 der Justizdienstkleidungsverordnung vom 21. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 733), in der jeweils geltenden Fassung, werden auf die Beschäftigten des Justizvollzugsdienstes und des Justizwachtmeisterdienstes entsprechend angewendet. An die Bediensteten ausgezahltes Pflegegeld und der Dienstkleidungszuschuss werden als Dienstaufwandsentschädigung gewährt.

2. Dienstlich bereitgestellte Kleidung

- a) Die dienstlich bereitgestellte Kleidung umfasst Dienstkleidung und Schutzkleidung.
- b) Veränderungen an der dienstlich bereitgestellten Kleidung sind nicht zulässig.
- c) Die Bediensteten sind für die ordnungsgemäße Aufbewahrung, die sachgemäße und pflegliche Behandlung der dienstlich bereitgestellten Kleidung sowie für die Anforderungen des Ersatzes verantwortlich. Ihnen obliegt deren Reinigung und Instandhaltung. Herstellerhinweise sind zu beachten.
- d) Mit der Auszahlung des Pflegegeldes nach Maßgabe des § 4 der Justizdienstkleidungsverordnung werden alle Ansprüche auf Erstattung von Reinigungs- und Instandhaltungskosten abgegolten.
- e) Für die Entsorgung der Dienstkleidung, die gemäß § 1 Absatz 2 Satz 1 und 3 der Justizdienstkleidungsverordnung in das Eigentum der Bediensteten übergegangen ist, sind diese zuständig. Abgetragene Dienstkleidungsstücke sind so zu verändern, dass sie den Charakter eines Dienstkleidungsstückes verlieren. Vor der Entsorgung sind Hoheitsabzeichen unbrauchbar zu machen. Die Kleidungsstücke können an die Zentrale Beschaffungsstelle mit Bekleidungskammer bei der Justizvollzugsanstalt Chemnitz (ZBSt/Bk) zurückgegeben werden.
- f) Die Weitergabe von dienstlicher Kleidung an justizfremde Personen ist unzulässig.

II.

Ausstattung mit Dienstkleidung**1. Grundausrüstung**

- a) Die in Ziffer I Nummer 1 genannten Bediensteten erhalten Dienstkleidung, soweit sie zur Wahrnehmung dienstlicher Aufgaben zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind.
- b) Der Umfang der Grundausrüstung mit Dienstkleidung richtet sich nach Anlage 1. Abweichend vom Ausstattungssoll nach Anlage 1 kann die Anzahl der unter Nummern 4 bis 7 sowie 9 und 10 benannten Kleidungsstücke durch die Bediensteten mit der Maßgabe frei gewählt werden, dass jeweils zwei Diensthemden oder Dienstblusen und davon mindestens ein Diensthemd oder eine Dienstbluse mit langen Ärmeln im so gebildeten Grundausrüstungsumfang enthalten sind. Die jeweils summarische Höchstzahl der Kleidungsstücke nach Nummern 4 bis 7 sowie 9 und 10 darf hierbei nicht überschritten werden.
- c) Die Bediensteten haben abweichend vom Ausstattungssoll nach Anlage 1 ein Abwahlrecht für bestimmte Kleidungsstücke. Nicht vom Abwahlrecht umfasst ist der verpflichtende Grundausrüstungsumfang bestehend aus Allwetterjacke, fünf Oberbekleidungsstücken nach Nummern 4 bis 7, darunter mindestens zwei Diensthemden oder Dienstblusen und davon mindestens ein Diensthemd oder eine Dienstbluse mit langen Ärmeln, zwei Hosen, Binder oder Plastron, Halbschuhe, Funktionsgürtel, Lederbügel, Durchsuchungshandschuhe, Nummern- oder Namensschilder sowie Schutzweste. Für abgewählte Kleidungsstücke wird der Warenwert zum Einkleidungszeitpunkt auf dem Bekleidungskonto gutgeschrieben.
- d) Der Umfang der Grundausrüstung für die in der Anlage 3 genannten Bediensteten kann erweitert werden, wenn durch die Wahrnehmung der Aufgaben als Diensthundeführer oder Diensthundeführer, Mitglied der Sicherheitsgruppe Justizvollzug oder Mitglied der Sicherheitsgruppe Ordentliche Gerichtsbarkeit ein höherer Bedarf an Dienstkleidung entsteht. Ihnen können aus gleichem Grund Bekleidungsstücke nach Anlage 2 ohne Belastung des persönlichen Bekleidungskontos (Bekleidungskonto) zur Verfügung gestellt werden. Die Entscheidung hierüber obliegt der obersten Dienstbehörde.

2. Ersatzbeschaffung und Ergänzung der Grundausrüstung

- a) Die Bediensteten stellen den Antrag auf Ersatzbeschaffung und Ergänzung der ausgegebenen Grundausrüstung an die ZBSt/Bk. Der Ersatz und die Ergänzung der Grundausrüstung erfolgen unter Belastung des Bekleidungskontos. Bediensteten, die einen Dienstkleidungszuschuss erhalten, wird die bereitgestellte Dienstkleidung in Rechnung gestellt, die aus dem gemäß § 5 der Justizdienstkleidungsverordnung gewährten Zuschuss zu zahlen ist.
- b) Die zum Tragen von Dienstkleidung verpflichteten Bediensteten dürfen Dienstkleidung grundsätzlich nur über die ZBSt/Bk beziehen.

3. Mehrkosten für Sonderanfertigungen

- a) Die Mehrkosten für die notwendigen Maßenfertigungen der Grundausrüstung nach Anlage 1 trägt der Dienstherr. Die Kosten einer weiteren Maßenfertigung werden mit dem Guthaben auf dem Bekleidungskonto verrechnet.

- b) Die Mehrkosten für die Anfertigung oder den Erwerb von orthopädischem Schuhwerk können aus dem Guthaben auf dem Bekleidungskonto erstattet werden. Die Notwendigkeit, orthopädisches Schuhwerk zu tragen, ist durch ein fachärztliches Zeugnis nachzuweisen. Die Kosten für das fachärztliche Zeugnis werden bis zur Höhe des einfachen Satzes nach der Gebührenordnung für Ärzte in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Februar 1996 (BGBl. I S. 210), die zuletzt durch Artikel 3b des Gesetzes vom 19. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 197) geändert worden ist, aus dem Justizhaushalt übernommen.

4. Umtausch, Reklamation und Rückgabe

Neuwertige ungetragene Dienstkleidung kann innerhalb von sechs Wochen nach Ausgabe umgetauscht oder zurückgegeben werden. Gleiches gilt für bereitgestellte Dienstkleidung, die als mangelhaft reklamiert wird. Bei ersatzloser Rücknahme wird der Warenwert zum Ausgabezeitpunkt dem Bekleidungskonto gutgeschrieben. Dies gilt nicht für die dienstlich bereitgestellte Kleidung, die als Grundausrüstung ausgegeben wurde.

5. Bekleidungskonto

- a) Für jede Bedienstete und jeden Bediensteten des Justizvollzugsdienstes und des Justizwachmeisterdienstes wird bei der ZBSt/Bk ein Bekleidungskonto geführt, auf dem die jährlichen Gut- und Lastschriften nachgewiesen werden. Das Bekleidungskonto trägt als Ordnungsnummer eine von der ZBSt/Bk vergebene Nummer.
- b) Die jeweilige Dienststelle hat der ZBSt/Bk alle Tatsachen mitzuteilen, die die Voraussetzungen für die Belieferung mit Dienstkleidung beeinflussen.
- c) Die Gutschriften auf das Bekleidungskonto werden rückwirkend jeweils zum Stichtag 1. März des Folgejahres gebucht. Entfällt für einen Teil des Jahres der Anspruch auf Gutschrift, ist der anteilige Betrag von der Gutschrift abzusetzen.
- d) Der Ersatz von Schäden an Dienstkleidung, die der Freistaat Sachsen nach § 81 des Sächsischen Beamtengesetzes vom 18. Dezember 2013 (Sächs-GVBl. S. 970, 971), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 1 des Gesetzes vom 6. Juli 2023 (Sächs-GVBl. S. 467) geändert worden ist, gewährt, erfolgt durch eine Gutschrift auf dem Bekleidungskonto der Beamtin oder des Beamten. Beschäftigte erhalten in entsprechender Weise eine Gutschrift. Die Leiterin oder der Leiter der Dienststelle hat das Schadensereignis festzustellen und zu bestätigen. Die beschädigte Dienstkleidung wird von der ZBSt/Bk durch gleichwertige ersetzt, falls eine Instandsetzung nicht möglich ist.
- e) Mit der Gutschrift auf dem Bekleidungskonto können Bekleidungsstücke nach den Anlagen 1 und 2 erworben werden. Über die jährliche Gutschrift ist so zu verfügen, dass stets eine vollständige, vorschriftsmäßige und gebrauchsfähige Dienstkleidung vorhanden ist. Bei Ausgabe von Kleidungsstücken wird das Bekleidungskonto mit den dafür im aktuellen Preisverzeichnis festgesetzten Preisen belastet. Das Preisverzeichnis wird jedes Jahr von der ZBSt/Bk unter Zugrundelegung der Beschaffungskosten erstellt und durch Veröffentlichung im Intranet der Justiz bekannt gegeben.
- f) Eine Auszahlung des Guthabens auf dem Bekleidungskonto erfolgt auf Antrag der Bediensteten oder des Bediensteten, wenn der Nachweis erbracht wird, dass eine Sondergröße von Schuhwerk benötigt wird, für das kein Anspruch auf Kostenerstattung im Rahmen der Sächsischen Beihilfever-

ordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. August 2016 (SächsGVBl. S. 383), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 17. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 251) geändert worden ist, besteht. Die Auszahlung erfolgt nicht, wenn entsprechende Ansprüche gegenüber Dritten bestehen. Dem Antrag ist der Kaufbeleg im Original beizufügen. Die maximale Höhe des auszahlenden Betrages wird durch die im aktuellen Preisverzeichnis festgesetzten Preise bestimmt.

- g) Die zum Tragen von Dienstkleidung verpflichteten Bediensteten können Dienstkleidungsstücke zu den im aktuellen Preisverzeichnis festgesetzten Preisen zusätzlich aus privaten Mitteln kaufen, soweit der Gutschriftbetrag auf dem Bekleidungskonto nicht ausreicht.

6. Bestandsverwaltung

- a) Die vorhandenen Bestände der Dienstkleidung sind im Bestandsverzeichnis der jeweiligen Dienststelle zu erfassen.
- b) Für jede Empfängerin und jeden Empfänger von Dienstkleidung ist ein Bestandsnachweis anzulegen, aus dem die Zahl und die Art der empfangenen Dienstkleidungsstücke, der Anschaffungswert, der Zeitpunkt der Ausgabe und die Bestätigung des Empfanges der Dienstkleidung zu ersehen sind.
- c) Bei einem endgültigen Wechsel der Dienststelle ist der Bestandsnachweis an die neue Dienststelle abzugeben.
- d) Nach der Übereignung der Dienstkleidung ist der Bestandsnachweis abzuschließen.

III.

Tragevorschriften

1. Allgemeine Tragevorschriften

- a) Im Dienst ist grundsätzlich Dienstkleidung zu tragen. Ausnahmen kann die oder der Dienstvorgesetzte aus besonderem Anlass gestatten.
- b) Die gewöhnliche Dienstkleidung besteht aus Twinjacke oder Allwetterjacke, Strickjacke oder Strickpullover, Funktionshose oder Jeans, Diensthemd, Dienstbluse oder Poloshirt, Binder oder Plastron, schwarzen Socken und schwarzen Schuhen. Diensthemd und Dienstbluse mit langen Ärmeln sind mit Binder oder Plastron zu tragen. Beim Diensthemd und der Dienstbluse mit kurzen Ärmeln wird dies den Bediensteten freigestellt.
- c) Kopfbedeckung darf nur im Freien getragen werden.
- d) Bedienstete des Justizvollzugsdienstes tragen zur Dienstkleidung deutlich sichtbar ein Namensschild mit ihrem Familiennamen. Ein akademischer Titel kann dem Familiennamen beigelegt werden. Bedienstete des Justizwachmeisterdienstes tragen zur Dienstkleidung ein Schild mit einer ihrer Person zugeordneten Nummer.
- e) Außerhalb des Dienstes darf Dienstkleidung nur aus besonderem Anlass mit Zustimmung der oder des Dienstvorgesetzten getragen werden. Auf dem Weg von und zur Dienststelle kann Dienstkleidung getragen werden.
- f) Außerhalb des Bundesgebietes ist das Tragen der Dienstkleidung nur aus besonderem Anlass mit Zustimmung der oder des Dienstvorgesetzten zulässig.

2. Ärmelabzeichen

- a) Das Ärmelabzeichen trägt über dem Wappen des Freistaates Sachsen den Schriftzug „Justiz“.
- b) Ärmelabzeichen werden auf den Dienstjacken, der Dienstbluse oder dem Diensthemd, der Strickjacke oder dem Strickpullover und dem Poloshirt getragen.
- c) Den Mitgliedern der Sicherheitsgruppe Justizvollzug, der Sicherheitsgruppe Ordentliche Gerichtsbarkeit und den Diensthundeführenden ist es gestattet, ergänzende einheitliche Ärmelabzeichen mit dem jeweiligen gruppenbezeichnenden Schriftzug zu tragen. Die konkrete Ausgestaltung bedarf der Zustimmung der obersten Dienstbehörde.

3. Befreiung von der Tragepflicht, Veränderung der Tragevorschriften

Die oder der Dienstvorgesetzte kann Bedienstete von der Pflicht zum Tragen von Dienstkleidung oder bestimmter Dienstkleidungsstücke im Einzelfall befreien, wenn dies zur Erfüllung der Dienstaufgaben vorteilhaft erscheint und dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. Für die Bediensteten des Justizwachmeisterdienstes, insbesondere, wenn diese nicht mit Vorführaufgaben im Rahmen des Sitzungsdienstes betraut sind, kann der oder die Dienstvorgesetzte abweichend von Nummer 1 Buchstabe d Satz 3 unter Beachtung der Voraussetzungen des Satzes 1 das Tragen eines Namensschildes mit dem Familiennamen der oder des Bediensteten anordnen. Eine darüberhinausgehende Befreiung bedarf der Zustimmung der obersten Dienstbehörde.

IV.

Ausstattung mit Schutzkleidung

1. Art und Umfang

- a) Die Schutzkleidung umfasst die persönliche Schutzkleidung, die Sportkleidung und die Arbeitsschutzkleidung.
- b) Die in Anlage 3 genannten Bediensteten des Justizvollzugsdienstes und des Justizwachmeisterdienstes erhalten ohne Anrechnung auf das Bekleidungskonto eine Grundausstattung an persönlicher Schutzkleidung gemäß dieser Anlage. Die in der Anlage nicht erwähnten Bediensteten können ebenfalls persönliche Schutzkleidung erhalten, wenn dafür ein dienstliches Bedürfnis besteht.
- c) Bedienstete, die in den Justizvollzugseinrichtungen als Sport- oder Freizeitbedienstete eingesetzt sind, erhalten die notwendige Sportkleidung ohne Anrechnung auf das Bekleidungskonto gemäß Anlage 4. Die Zuständigkeit für die Beschaffung der in Abhängigkeit vom Sportangebot benötigten Sportschuhe obliegt den jeweiligen Dienststellen.
- d) Die Ersatzbeschaffung der in den Anlagen 3 und 4 genannten Kleidungsstücke erfolgt auf Antrag der oder des Bediensteten nach dem Ablauf der dort genannten Tragezeit. Ist die Tragezeit eines Kleidungsstückes noch nicht abgelaufen, wird die Ersatzbeschaffung nur in begründeten Einzelfällen auf Antrag vorgenommen. Ist keine Tragezeit vorgeschrieben, so erfolgt die Ersatzbeschaffung bei Bedarf auf Antrag der oder des Bediensteten. Die Anträge nach den Sätzen 2 und 3 sind an die ZBSt/Bk zu richten.
- e) Weiterhin erhalten Bedienstete die notwendige Arbeitsschutzkleidung, wenn im Ergebnis einer durchgeführten Beurteilung der Arbeitsbedingungen nach § 5 des Arbeitsschutzgesetzes vom 7. August 1996 (BGBl. I S. 1246), das zuletzt durch Artikel 2 des

Gesetzes vom 31. Mai 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 140) geändert worden ist, die mit ihrer Arbeit verbundenen Gefährdungen ermittelt worden sind.

- f) Schutzkleidung wird den Bediensteten nicht zum persönlichen Gebrauch, sondern nur für die Zeit ihrer dienstlichen Tätigkeit zur Verfügung gestellt, in der das Tragen und Mitführen vorgeschrieben oder erforderlich ist. Persönliche Schutzkleidung wird nicht zur Schonung der während des normalerweise obliegenden Dienstes getragenen privaten Kleidungsstücke ausgegeben.

2. Bestandsverwaltung

Die vorhandenen Bestände der Schutzkleidung sind im Bestandsverzeichnis der Dienststelle zu erfassen. Ziffer II Nummer 6 Buchstabe a bis c gilt entsprechend.

3. Verfahren

- a) Der jährliche Bedarf an Schutzkleidung ist mit der Haushaltsplanung bei der ZBSt/Bk anzuzeigen. Über den erforderlichen Bedarf an Schutzkleidung entscheiden die Dienststellen im Rahmen ihres pflichtgemäßen Ermessens. Wird für die in der Anlage 3 genannten Bediensteten ein über die in der Anlage 3 genannte Grundausstattung hinausgehender Bedarf an persönlicher Schutzkleidung angemeldet, entscheidet über dessen Erforderlichkeit die oberste Dienstbehörde.
- b) Die ZBSt/Bk erstellt einen Artikelkatalog mit allen notwendigen Schutzkleidungsartikeln, aus dem die Dienststellen ihren Bedarf eigenverantwortlich auswählen. Der Artikelkatalog ist regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu aktualisieren. Er enthält Angaben zu Bezeichnung des Artikels und dessen Eingliederungsnummer sowie Angaben zu Schutzeigenschaften, zum Abgabepreis und zur Lieferzeit. Der Katalog und dessen Änderungen werden den Dienststellen in elektronischer Form im Intranet der Justiz zur Verfügung gestellt.
- c) Den Jahresbedarf an erforderlicher Schutzkleidung teilen die Dienststellen der ZBSt/Bk bis zum 28. Februar des laufenden Jahres schriftlich mit. Unabweisbarer Sofortbedarf ist der ZBSt/Bk unmittelbar anzuzeigen.
- d) Für nur zeitweilig zu verrichtende Tätigkeiten kann in geringem Umfang Schutzkleidung unter Beach-

tung der Hygienevorschriften auch bei den Dienststellen vorgehalten werden.

- e) Ausgegebene Schutzkleidung bleibt Eigentum des Freistaates Sachsen.
- f) Scheidet eine Bedienstete oder ein Bediensteter aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis aus oder liegen die Voraussetzungen, die zur Ausgabe geführt haben, nicht mehr vor, ist die Schutzkleidung bei der ZBSt/Bk abzugeben. Die jeweils zuständigen Dienststellen überwachen die Umsetzung dieses Verfahrens und informieren die ZBSt/Bk, welche Bediensteten zur Abgabe der Schutzkleidung verpflichtet sind.
- g) Abgetragene oder unbrauchbar gewordene Schutzkleidung ist bei Umtausch bei der Dienststelle zurückzugeben.
- h) Die ZBSt/Bk trifft bei Bedarf im Einvernehmen mit der obersten Dienstbehörde weitere Regelungen zum Verfahren.

V.

Zuständigkeiten

- a) Die ZBSt/Bk ist für die Beschaffung und Auslieferung der dienstlich bereitgestellten Kleidung und für die Führung der Bekleidungskonten sowie für das Verfahren nach Ziffer IV Nummer 1 Buchstabe d zuständig.
- b) Die Dienststellen wirken an dem Verfahren nach Ziffer IV Nummer 3 in eigener Zuständigkeit mit.

VI.

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tage nach Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz über die Dienstkleidung des Justizvollzugsdienstes und des Justizwachtmeisterdienstes (VwV Justizdienstkleidung) vom 30. Juli 2013 (SächsABl. S. 910), die durch die Verwaltungsvorschrift vom 21. Februar 2017 (SächsABl. S. 385) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 11. Dezember 2023 (SächsABl. Sdr. S. S 275), außer Kraft.

Dresden, den 30. April 2024

Die Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Katja Meier

Anlage 1

Ausstattungsoll Dienstkleidung

Id. Nummer	Kleidungsstück	Grundausrüstung		
		Bedienstete des Justizvollzugsdienstes	Bedienstete des Justizwachmeisterdienstes	Bedienstete des Justizwachmeisterdienstes mit Aufgaben im Sicherheits-, Vorführ- oder Sitzungsdienst
1	Basecap	1	1	1
2	Mütze	1	1	1
3	Allwetterjacke	1	1	1
4	Diensthemd/Dienstbluse, langärmelig, hellblau	2	2	2
5	Diensthemd/Dienstbluse, kurzärmelig, hellblau	3	3	3
6	Poloshirt, kurzärmelig	4	4	4
7	Poloshirt, langärmelig	2	2	2
8	Strickjacke	2	2	2
9	Jeans	2	2	2
10	Funktionshose, Sommer	2	2	2
11	Funktionshose, Winter	1	1	1
12	Binder oder Plastron	2	2	2
13	Ledergürtel	1	1	1
14	Funktionsgürtel	1	1	1
15	Funktionssocken, leicht	6 Paar	6 Paar	6 Paar
16	Funktionssocken, schwer	6 Paar	6 Paar	6 Paar
17	Lederhandschuhe	1 Paar	1 Paar	1 Paar
18	Halbschuhe	2 Paar	2 Paar	2 Paar
19	Winterstiefel	1 Paar	1 Paar	1 Paar
20	Durchsuchungshandschuhe	1 Paar	1 Paar	1 Paar
21	Stichschutzweste	1 Stück		
22	Ballistische Schutzweste			1 Stück
23	Unterziehfunktionsshirt mit Namenszug "Justiz" für Schutzweste	7 Stück		5 Stück
24	Namensschild	2		
25	Nummernschild		2	2

Anlage 2

Ergänzungsausstattung

lfd. Nummer	Kleidungsstück
1	Diensthemd, langärmelig, weiß
2	Diensthemd, kurzärmelig, weiß
3	Dienstbluse, langärmelig, weiß
4	Dienstbluse, kurzärmelig, weiß
5	Rock
6	Außendienstschuhe

Anlage 3

Ausstattungsoll Schutzkleidung

Id. Nummer	Kleidungsstück	Hauptamtliche und nebenamtliche Bedienstete in der Sicherheitsgruppe Justizvollzug (SGJ)	Bedienstete in der Sicherheitsgruppe Ordentliche Gerichtsbarkeit (SGO)	Diensthundeführerinnen und Diensthundeführer	Tragezeit
1	Einsatzhelm	1	1		nach Bedarf
2	Einsatzoverall	3	3	3	3 Jahre
3	Durchsuchungshandschuhe	2	2	2	nach Bedarf
4	Einsatzhandschuhe	1	1		nach Bedarf
5	Unterziehschirt mit Namenszug "Justiz" für Einsatzoverall	7	7	7	1 Jahr
6	Einsatzstiefel	1	1	1	nach Bedarf
7	Funktionssocken, schwer	10 Paar	10 Paar	10 Paar	1 Jahr
8	Abzeichen Schriftzug "Sicherheitsgruppe Justizvollzug"	2			nach Bedarf
9	Abzeichen Schriftzug "Sicherheitsgruppe Ordentliche Gerichtsbarkeit"		2		nach Bedarf
10	Rucksack	1	1	1	2 Jahre
11	Ballistische Schutzweste	1	1		10 Jahre
12	Regenjacke			1	2 Jahre
13	Regenhose			1	2 Jahre
14	Funktionsweste	1	1	2	2 Jahre

Ausstattungsoll Sportbekleidung

lfd. Nummer	Kleidungsstück	Sport- und Freizeitbedienstete im Justizvollzugsdienst	Tragezeit
1	Trainingshose, lang	2	2 Jahre
2	Trainingsjacke	2	2 Jahre
3	T-Shirt	5	bei Bedarf
4	Funktionsshirt, kurz	5	bei Bedarf
5	Funktionsshirt, lang	5	bei Bedarf
6	Sport hose, kurz	5	2 Jahre
7	Sportschuhe für Innenbereich	1 Paar	bei Bedarf
8	Sportschuhe für Außenbereich	1 Paar	bei Bedarf
9	Sportsocken	10 Paar	bei Bedarf
10	Regenjacke	1	2 Jahre

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung über einen Teilnahmewettbewerb zur Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen von Gefangenen in den Sächsischen Justizvollzugsanstalten

Vom 17. Mai 2024

I.

Hintergrund und Ziel der Förderung

Der Justizvollzug hat das Ziel, die Gefangenen zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.

Ein wichtiger Faktor für das Gelingen einer solchen erfolgreichen Wiedereingliederung der Gefangenen nach Haftentlassung in die Gesellschaft ist die (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt. Mit dieser gehen ein regelmäßiges Einkommen, Tagesstruktur, soziale Kontakte sowie persönliche Anerkennung und Bestätigung einher. Das wiederum senkt nachweislich das Rückfallrisiko.

Daher ist es wichtig, die Beschäftigungsfähigkeit der Gefangenen während des Vollzugs zu erhalten, herzustellen und zu steigern. Berufliche und soziale Kompetenzen der Gefangenen sollen dabei verbessert werden, um ihre Reintegration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft zu erleichtern und damit das Risiko zu senken, erneut straffällig zu werden.

Die Gefangenen sollen die Möglichkeit erhalten, im Rahmen von beruflichen Qualifizierungen Module verschiedener Ausbildungsberufe zu absolvieren. Der erfolgreiche Abschluss der einzelnen Module wird den Gefangenen von den jeweils prüfenden Stellen (Handwerks- oder Industrie- und Handelskammern) im sogenannten „Sächsischen Qualifizierungspass“ zertifiziert, der die Grundlage für die Zulassung des Gefangenen zur sogenannten Externenprüfung im jeweiligen anerkannten Beruf bildet.

Darüber hinaus sollen Gefangene mit strukturellen Bildungsschwächen durch vorgelagerte sozialpädagogische Maßnahmen dazu befähigt werden, eine berufliche Qualifizierungsmaßnahme erfolgreich zu absolvieren, um nach ihrer Inhaftierung möglichst schnell wieder in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft integriert werden zu können.

Im Rahmen des Übergangsmanagements sollen die Gefangenen in den ersten Wochen und Monaten nach Haftentlassung beim Übergang in die Freiheit unterstützt werden.

II.

Gegenstand

Mit dieser Bekanntmachung sollen Vorhaben zur beruflichen Qualifizierung von Gefangenen zur Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für eine berufliche Tätigkeit im Arbeitsmarkt, sozialpädagogische Vorhaben für Gefangene zur Unterstützung der Vorbereitung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt oder in eine berufliche Bildungsmaßnahme sowie das anstaltsübergreifende Übergangsmanagement zur Begleitung der Gefangenen beim Übergang von der Haft in die Freiheit initiiert werden.

Im Ergebnis der Bekanntmachung sollen Projektvorschläge für die Durchführung von Vorhaben eingereicht werden. Die Vorhaben sollen in den Justizvollzugsanstalten Bautzen, Chemnitz, Dresden, Görlitz, Leipzig, Torgau, Waldheim, Zeithain, Zwickau und der Jugendstrafvollzugsanstalt Regis-Breitingen durchgeführt werden.

Die Förderung erfolgt auf der Grundlage der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Förderung von aus dem Europäischen Sozialfonds Plus im Förderzeitraum 2021 bis 2027 mitfinanzierten Projekten der Qualifizierung und Reintegration von Gefangenen (ESF Plus Richtlinie Qualifizierung und Reintegration Gefangener 2021–2027) vom 9. Dezember 2021 (SächsABl. S. 1707) in der jeweils gültigen Fassung.

Die Vorhaben werden mit bis zu 100 Prozent der förderfähigen Ausgaben gefördert.

III.

Zielgruppe der Vorhaben

Zielgruppe sind Gefangene im sächsischen Justizvollzug. Der Begriff der Gefangenen umfasst dabei alle tatsächlich im Justizvollzug untergebrachten Personen. Ausgeschlossen sind Gefangene, die dem Arbeitsmarkt auch nach ihrer Entlassung voraussichtlich nicht zur Verfügung stehen werden, zum Beispiel Bezieherinnen und Bezieher einer Altersrente oder Rente wegen Erwerbsminderung.

IV.

Anforderungen an die Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind zugelassene Träger nach der Verordnung über die Voraussetzungen und das Verfahren zur Akkreditierung von fachkundigen Stellen und zur Zulassung von Trägern und Maßnahmen der Arbeitsförderung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – vom 2. April 2012 (BGBl. I S. 504), die zuletzt durch Artikel 18 des Gesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1044) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

V.

Zuwendungsvoraussetzungen

- Folgende Bestandteile sind zu berücksichtigen:
- Die Vorhaben werden vorrangig innerhalb der Justizvollzugsanstalten durchgeführt.
 - Im Rahmen des Übergangsmanagements ist eine zeitlich begrenzte Nachbetreuung von bis zu 6 Monaten nach der Entlassung der/des Gefangenen aus dem Justizvollzug möglich.

- Die Vorhabenslaufzeit ist abhängig von den jeweils zu vermittelnden Kenntnissen und beträgt in der Regel zwischen 12 und 36 Monaten.
- Qualifizierungsvorhaben sollen vorrangig zu einem anerkannten Berufsabschluss führen und möglichst in modularer Form durchgeführt werden. Die Vorgaben der jeweiligen Ausbildungs-, Prüfungs-, Fortbildungs- und Umschulungsordnungen sowie der zuständigen Stellen im Sinne des Berufsbildungsgesetzes sind zu beachten. Zur Beachtung des Grundsatzes des Umwelt- und Ressourcenschutzes sollen je nach Berufsbild bei den modularen Qualifizierungen umweltrelevante Wissensinhalte im Rahmen der Ausbildung sowie Kenntnisse zu ökologischen Zusammenhängen vermittelt und damit das Umweltbewusstsein und ein umweltgerechtes Verhalten bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Vorhaben gestärkt werden.
- Sollten zum Beispiel aufgrund baulicher Gegebenheiten oder aufgrund sicherheitsrelevanter Aspekte einzelne Module nicht in der JVA/JSA durchgeführt werden können, so ist durch den Bildungsträger darzustellen, wie das Qualifizierungsvorhaben dennoch zu einem anerkannten Berufsabschluss führen kann. Vorstellbar sind die Zusammenarbeit mit einer anderen JVA/JSA, in der fehlende Module absolviert werden können, und/oder die Möglichkeit der Fortführung außerhalb der Anstalt im Rahmen von Vollzugslockerungen oder im offenen Vollzug beziehungsweise nach der Entlassung der Teilnehmerin/des Teilnehmers. Entsprechende Konzeptionen sind mit den Projektvorschlägen einzureichen und im Rahmen der Antragsstellung durch entsprechende Kooperationsvereinbarungen darzulegen.
- Der Träger erteilt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die mindestens ein Modul oder einen damit vergleichbaren Qualifizierungsbaustein erfolgreich abgeschlossen haben, ein Zertifikat über die vermittelten Kenntnisse. Die anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten eine Teilnahmebescheinigung. Aus dem Zertifikat und der Teilnahmebescheinigung sollen sich insbesondere der Umfang der Teilnahme und die vermittelten Qualifizierungsinhalte ergeben.
- Spezielle Kenntnisse, die durch externe Prüfungen nachgewiesen werden, zum Beispiel in den Bereichen Schweißen, Europäischer Computerführerschein oder Berechtigung zum betrieblichen Führen von Gabelstaplern (Flurfördermittelschein), sind zusätzlich von den prüfenden Stellen zu bescheinigen
- Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer pro Vorhaben und Gruppe soll 8 nicht unterschreiten und 20 nicht überschreiten.
- Zusätzlich zum Sachbericht nach Nummer 6.3 NBest-EU legt der Träger der Justizvollzugsanstalt und dem Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung nach Abschluss des Vorhabens einen Bericht zum Vorhabensverlauf vor, aus dem unter anderem die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, untergliedert in Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit erfolgreich abgeschlossenen Modulen, Zertifikaten und Teilnahmebescheinigungen, und der zeitliche Umfang der Teilnahme entnommen werden können.

VI.

Sonstige Hinweise

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Förderfähig sind nur Ausgaben, die vorhabensbezogen und außerhalb gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben, Pflichtaufgaben sowie bestehender nationaler Fördermöglichkeiten entstehen. Der Abschluss verbindlicher Kooperationsvereinbarungen zwischen dem Antragsteller

und externen Kooperationspartnern wird nicht als förder-schädlicher vorzeitiger Beginn der Maßnahme gewertet.

VII.

Gliederung und Inhalte des Projektvorschlages

Der Projektvorschlag muss die Anforderungen an Struktur und Inhalt von ESF Plus-Projektvorschlägen berücksichtigen. Das Formular zum Konzept (SAB-Vordruck 60716) und das Formular mit den Trägerangaben (SAB-Vordruck 60715), jeweils zu finden im Informationsportal <https://www.sab.sachsen.de/service/formulare-downloads/index.jsp>, sind zu verwenden. Weitere ausführliche Hinweise zu fachlich-inhaltlichen Anforderungen sind dem Förderbaustein zu entnehmen.

Die ausführliche Beschreibung zum Projektkonzept soll maximal 15 Seiten DIN A4 (Proportionalsschrift, zum Beispiel Arial, Schriftgröße 11 pt, einfacher Zeilenabstand), gegebenenfalls zuzüglich Anlagen (zum Beispiel bei umfangreichen Tabellen oder Lehrplänen), umfassen.

Der Projektvorschlag muss nachvollziehbar und vollständig sein, und die Beschreibung muss in Ergänzung zu den Anforderungen der oben genannten SAB-Vordrucke 60716 und 60715 Angaben zu folgenden bewertungsrelevanten Punkten enthalten:

- Angaben zum Träger
 - Beschreibung der fachlichen Kompetenzen und Erfahrungen,
 - Darstellung der Kompetenzen im Projektmanagement sowie in der Zusammenarbeit mit Bildungsträgern und anderen externen Institutionen,
 - kurze Darstellung bestehender fachbezogener und sonstiger Netzwerke und/oder Kooperationen,
- Angaben zum Vorhaben
 - ausführliche Darstellung zur Untersetzung und Erreichung der Ziele,
 - Beschreibung des geplanten Personaleinsatzes einschließlich des Tätigkeitsprofils und des Stundenumfangs,
 - Darstellung des Vorhabensverlaufs, der geplanten Maßnahmen und Arbeitsschritte mit Bezug zu den Zielen und Teilzielen des Vorhabens,
 - Beschreibung der Maßnahmen zur Qualitätssicherung und zur Steuerung der Zusammenarbeit mit Partnern,
 - Daneben werden Aussagen hinsichtlich des jeweiligen Beitrags zum ESF Plus-Grundsatz „Nachhaltige Entwicklung“ erwartet. Sofern die geplanten Vorhaben mit besonderen Maßnahmen zur Umsetzung dieses Grundsatzes beitragen, werden diese bei der Bewertung zusätzlich berücksichtigt.
- Angaben zu den Gesamtausgaben/-kosten des Vorhabens untersetzt mit Angaben zu den Positionen Personalausgaben (projektbezogen/Verwaltung) sowie Sachausgaben entsprechend der geltenden Förderfähigen Ausgaben und Kosten (FFAK)

Die Darstellung der Ausgaben und Kosten hat in einem gesonderten Dokument zu erfolgen.
- zusätzliche Unterlagen für die Trägermappe
 - aktuelle Unterlagen entsprechend SAB-VD 60715
 - Unterlagen zur Identifikation (bei Änderungen)
 - Erklärung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Sozialbeiträgen – SAB-VD 60821
 - Nachweis der Zertifizierungen entsprechend Ziffer IV der Bekanntmachung,
 - bei Neukunden im Vorhabensbereich zusätzlich Deckblatt Trägermappe SAB-VD 60715-1

Hinsichtlich der Rahmenbedingungen der ESF Plus-Förderung und insbesondere der Förderfähigkeit von Kostenpositionen ist die EU-Rahmenrichtlinie vom 9. Mai 2023 (SächsABl. S. 576) in der jeweils geltenden Fassung zu beachten. Diese und weitere Informationen können im Internet unter www.sab.sachsen.de eingesehen werden.

Interessenten reichen ihren unterzeichneten Projektvorschlag elektronisch über das SAB-Förderportal <https://portal.sab.sachsen.de> (Dateigröße der Anlagen maximal 5 MB)

bis zum **12. Juli 2024**
(Posteingang)

bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB) ein.

VIII. Verfahrensablauf

Es ist folgender Verfahrensablauf vorgesehen:

Phase 1:

Erarbeitung und Einreichung der Projektvorschläge bis zum 12. Juli 2024 bei der SAB.

Für Bewerber, die allgemeine Fragen bezüglich der Durchführung von Bildungsmaßnahmen im Justizvollzug haben, besteht die Möglichkeit eines Informationsgesprächs. Interessenbekundungen sind an das ESF-Postfach ESF@smj.justiz.sachsen.de zu richten.

Zudem besteht die Möglichkeit, sich in der jeweiligen Justizvollzugsanstalt über die Räumlichkeiten und die örtlichen Gegebenheiten zu informieren.

Dresden, den 17. Mai 2024

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Kühne
Referatsleiterin

Phase 2:

Bewertung und Auswahl der Projektvorschläge bis voraussichtlich Ende August 2024.

Phase 3:

Mitteilung über die Entscheidung und Aufforderung zur Antragseinreichung durch die SAB bis voraussichtlich 27. September 2024.

Phase 4:

Einreichung der formgebundenen Anträge für Vorhaben bei der SAB bis 1. November 2024.

Phase 5:

Der Vorhabensbeginn ist ab Januar 2025 geplant.

IX.

Auswahl und Bewertungskriterien

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – und das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung beziehen die jeweilige JVA/JSA in die Prüfung der Förderwürdigkeit der eingereichten Projektvorschläge ein.

Die Bewertung eingehender Projektvorschläge erfolgt nach den im SAB-Vordruck 60716 festgelegten Kriterien. Diese fließen mit der dort angegebenen Gewichtung in die Bewertung ein. Zusätzliche Beachtung finden die unter den Gliederungspunkten V und VII dieser Bekanntmachung geforderten Angaben sowie die tarifgerechte Bezahlung der Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter.

Justizvollzugsanstalt Bautzen

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtungen	Teilnehmerplätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Berufliche Qualifizierungsvorhaben für Gefangene zur Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für eine berufliche Tätigkeit im Arbeitsmarkt	Modulare Qualifizierung im Berufsfeld Holztechnik (Tischler)	12	01.01.2025	31.12.2027	ergänzend Ersthelferschulung wünschenswert
	Modulare Qualifizierung zur Fachkraft Lagerlogistik, Fachlagerist mit ICDL	12	01.01.2025	31.12.2027	ergänzend Ersthelferschulung wünschenswert
	Einstiegsqualifizierung in den Berufsfeldern Holz und Metall	24	01.05.2025	30.04.2028	Durchgangsdauer von 6 Monaten je Berufsfeld, 6 Durchgänge in 2 Gruppen mit je 12 Teilnehmern, ergänzend Ersthelferschulung wünschenswert
	Modulare Qualifizierung im IT-Bereich/ Umgang mit dem PC • Vermittlung Grundkenntnisse Office, gängige Computersysteme, Datenbanken • Prüfungen Handwerkskammer	8	01.05.2025	30.04.2026	Aufgrund der räumlichen Verfügbarkeit erfolgt die Zuschlagserteilung nur an eine der beiden ausgeschriebenen Maßnahmen.
Sozialpädagogische Vorhaben für Gefangene zur Vorbereitung oder Unterstützung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt oder in eine berufliche Bildungsmaßnahme	Niederschwellige Maßnahme mit dem Ziel des Abbaus sozialer und Bildungsdefizite mit den Elementen – Training sozialer Kompetenzen – Potentialanalyse/Individuelle Förderplanung – Aufbau Tagesstruktur – Maßnahmen zur Erlangung von Handlungskompetenzen im Bereich Hauswirtschaft – Stützunterricht	8	01.05.2025	30.04.2026	

Justizvollzugsanstalt Chemnitz

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtungen	Teilnehmerplätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Berufliche Qualifizierungsvorhaben für Gefangene zur Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für eine berufliche Tätigkeit im Arbeitsmarkt	Modulare Qualifizierung zur Textil- und Modenäherin	10	01.01.2025	31.12.2027	
	Modulare Qualifizierung im Berufsfeld Tischlerin	10	01.01.2025	31.12.2027	
Sozialpädagogische Vorhaben für Gefangene zur Vorbereitung oder Unterstützung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt oder in eine berufliche Bildungsmaßnahme	Niederschwellige Maßnahmen mit dem Ziel des Trainings von sozialen und beruflichen Kompetenzen, Arbeit am PC, Schwerpunkte zur Gesundheits-erziehung	10	01.05.2025	30.04.2026	Individuelle Verweildauer von etwa drei Monaten

Justizvollzugsanstalt Dresden

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtungen	Teilnehmerplätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Sozialpädagogische Vorhaben für Gefangene zur Vorbereitung oder Unterstützung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt oder in eine berufliche Bildungsmaßnahme	Vorbereitung zur Integration in den Arbeitsmarkt, PC-Grundlagen, Textverarbeitung, Erstellung Bewerbungsunterlagen.	10	01.05.2025	30.04.2026	Kursdauer von drei Monaten, vier Durchgänge mit je 10 Teilnehmern

Justizvollzugsanstalt Leipzig mit Krankenhaus

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtungen	Teilnehmerplätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Berufliche Qualifizierungsvorhaben für Gefangene zur Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für eine berufliche Tätigkeit im Arbeitsmarkt	Modulare Qualifizierung im Berufsfeld „Koch/Beikoch“	12	01.04.2025	31.03.2028	
Sozialpädagogische Vorhaben für Gefangene zur Vorbereitung oder Unterstützung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt oder in eine berufliche Bildungsmaßnahme	Niederschwellige Maßnahme mit dem Ziel des Aufbaus sozialer und beruflicher Kompetenzen mit <ul style="list-style-type: none"> • Training sozialer Kompetenzen • Individueller Förderplanung, Lernbegleitung • Sozialpädagogischer Begleitung • Grundbildung • Stützunterricht • Maßnahmen zur Erlangung beruflicher Handlungskompetenzen • Maßnahmen zum Aufbau von Tagesstruktur 	10	01.01.2025	31.12.2025	

Jugendstrafvollzugsanstalt Regis-Breitingen

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtungen	Teilnehmerplätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Berufliche Qualifizierungsvorhaben für Gefangene zur Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für eine berufliche Tätigkeit im Arbeitsmarkt	Modulare Qualifizierung zum Gebäudereiniger mit beruflicher Grundlagenvermittlung im Bereich Hauswirtschaft	12	01.01.2025	31.12.2027	

Justizvollzugsanstalt Torgau

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtungen	Teilnehmerplätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Berufliche Qualifizierungsvorhaben für Gefangene zur Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für eine berufliche Tätigkeit im Arbeitsmarkt	Modulare Qualifizierung im Berufsfeld Lager/Logistik mit ICDL	10	01.01.2025	31.12.2027	
	Modulare Qualifizierung im Bereich der Holzverarbeitung <ul style="list-style-type: none"> • angelehnt an Beruf des Holzmechanikers • sozialpädagogische Begleitung zur Vermittlung sozialer und interpersoneller Kompetenzen • Bewerbungstraining • Anstreben eines zertifizierten Abschlusses 	10	01.01.2025	31.12.2027	
Sozialpädagogische Vorhaben für Gefangene zur Vorbereitung oder Unterstützung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt oder in eine berufliche Bildungsmaßnahme	Niederschwellige Maßnahme mit dem Ziel des Erwerbs von relevanten Fertigkeiten eines Hausmeisters mit erweiterten Kompetenzen in der Garten- und Landschaftspflege <ul style="list-style-type: none"> • Grundelemente Außengeländepflege • Instandhaltung, Aufarbeitung und Pflege von Gebäuden, Liegenschaften sowie Grünflächen und deren Gestaltung • Sozialpädagogische Begleitung zur Vermittlung sozialer und interpersoneller Kompetenzen • Stützunterricht • Bewerbungstraining 	16	01.01.2025	31.12.2027	

Justizvollzugsanstalt Waldheim

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtungen	Teilnehmerplätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Berufliche Qualifizierungsvorhaben für Gefangene zur Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für eine berufliche Tätigkeit im Arbeitsmarkt	Modulare Qualifizierung im Berufsfeld „CAD/CNC-Technik“ mit „Technischem Produktdesigner“	12	01.04.2025	31.03.2028	
	Modulare Qualifizierung im Berufsfeld Lager/Logistik	12	01.04.2025	31.03.2028	
	Basisqualifizierung in den Berufsfeldern Maler/Lackierer und Holzbearbeitung	16	01.08.2025	31.07.2028	Durchführung in 2 Gruppen mit je 8 Teilnehmern
Sozialpädagogische Vorhaben für Gefangene zur Vorbereitung oder Unterstützung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt oder in eine berufliche Bildungsmaßnahme	Niederschwellige Maßnahme mit dem Ziel des Abbaus sozialer und Bildungsdefizite mit Elementen der <ul style="list-style-type: none"> • Potentialanalyse, • Basisqualifizierung in den Berufsfeldern Gartenbau und Gastgewerbe, • Trainings sozialer Kompetenzen, • Aufbau von Tagesstrukturen 	10	01.04.2025	31.03.2028	

Justizvollzugsanstalt Zeithain

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtungen	Teilnehmerplätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Berufliche Qualifizierungsvorhaben für Gefangene zur Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für eine berufliche Tätigkeit im Arbeitsmarkt	Baugeräteführer (Gabelstapler, Hubarbeitsbühne, Mini-bagger unter anderem)	12	01.05.2025	31.12.2026	Optional Verlängerung Projektlaufzeit um bis zu weiteren 12 Monaten möglich
	Modulare Qualifizierung im Berufsfeld „Schweißen“	12	01.11.2024	31.12.2026	Optional Verlängerung Projektlaufzeit um bis zu weiteren 10 Monaten möglich
	Modulare Qualifizierung im Berufsfeld „Metall“	12	01.05.2025	31.12.2026	Optional Verlängerung Projektlaufzeit um bis zu weiteren 12 Monaten möglich
	Grundlagenqualifizierung im Berufsfeld Holz (Einstiegsqualifizierung Zimmerer)	12	01.01.2025	31.12.2026	Optional Verlängerung Projektlaufzeit um bis zu weiteren 12 Monaten möglich

Justizvollzugsanstalt Zwickau

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtungen	Teilnehmerplätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Berufliche Qualifizierungsvorhaben für Gefangene zur Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für eine berufliche Tätigkeit im Arbeitsmarkt	Modulare Qualifizierung im Berufsfeld „Maler/Lackierer“	8	01.01.2025	31.12.2026	Optional Verlängerung Projektlaufzeit um bis zu weiteren 12 Monaten möglich
	Modulare Qualifizierung im Berufsfeld „Gebäudereiniger“	8	01.01.2025	31.12.2026	Optional Verlängerung Projektlaufzeit um bis zu weiteren 12 Monaten möglich
Sozialpädagogische Vorhaben für Gefangene zur Vorbereitung oder Unterstützung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt oder in eine berufliche Bildungsmaßnahme	Niederschwellige Maßnahme mit dem Ziel des Abbaus sozialer und Bildungsdefizite mit Elementen der <ul style="list-style-type: none"> Potentialanalyse, Maßnahmen zur Erlangung beruflicher Handlungskompetenzen im Berufsfeld Holz, Training sozialer Kompetenzen, Aufbau von Tagesstrukturen 	6	01.01.2025	31.12.2026	Optional Verlängerung Projektlaufzeit um bis zu weiteren 12 Monaten möglich

Übergangsmanagement für die Justizvollzugsanstalten Bautzen, Chemnitz, Dresden, Görlitz, Leipzig mit Krankenhaus, Torgau, Waldheim, Zeithain, Zwickau und der Jugendstrafvollzugsanstalt Regis-Breitingen

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtung	Teilnehmerplätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Übergangsmanagement zur Begleitung der Gefangenen beim Übergang von der Haft in die Freiheit	<p>Unterstützung der Resozialisierung und Integration in den Arbeits-/Ausbildungsmarkt durch die Entwicklung eines individuellen Übergangsplans. Frühzeitige Identifizierung und Bearbeitung von Defiziten und Hemmnissen, welche einer beruflichen Integration nach der Entlassung im Wege stehen. Unterstützung und Förderung der Eigeninitiative („Hilfe zur Selbsthilfe“). Erwartete gesellschaftliche und arbeitsmarktpolitische Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verringerung der Rückfallquote durch persönliche und gesellschaftliche Stabilisierung, • Herstellung, Erhaltung und Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit, • Verminderung der gesellschaftlichen und sozialen Ausgrenzung, • Verbesserte Nutzung von vorhandenen Ressourcen und Potentialen für den sächsischen Arbeitsmarkt, • Stabile Einbindung in gesellschaftliche Strukturen 	<p>200 Teilnehmerplätze, 20 Plätze je JVA/ JSA, welche jeweils nach der Entlassung eines Teilnehmers aus der Haft nachbesetzt werden (Plätze je nach Bedarf zwischen den Anstalten verschiebbar)</p>	01.05.2025	30.04.2028	<p>Teilnehmerinnen/ Teilnehmer sollen circa vier Monate bei der Vorbereitung auf ihre Haftentlassung unterstützt werden. Die Nachbetreuung kann bis zu sechs Monate nach Haftentlassung andauern. Dabei sollte die Nachbetreuung durch die gleichen Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter erfolgen wie die Betreuung während der Haft. Zudem sollen die Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter auch als Ansprechpartner für potenzielle Arbeitgeber zur Verfügung stehen.</p>

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Antrag auf wesentliche Änderung der Biogasanlage Oschatz der Firma BALANCE Erneuerbare Energien GmbH am Standort Kirschallee 10, 04758 Oschatz OT Leuben – Erörterungstermin –

Gz.: 44-8431/2793

Vom 16. Mai 2024

Mit der Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen vom 9. April 2024 (veröffentlicht am 25. April 2024 unter anderem im Sächsischen Amtsblatt Nummer 17) wurde für das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung ein Erörterungstermin für das Vorhaben zur wesentlichen Änderung der Biogasanlage Oschatz der Firma BALANCE Erneuerbare Energien GmbH am Standort Kirschallee 10, 04758 Oschatz OT Leuben, für den 17. Juni 2024 angekündigt.

Der Erörterungstermin in der Landesdirektion Sachsen, Braustraße 2 in 04107 Leipzig **findet nicht statt.**

Gemäß § 16 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist, findet ein Erörterungstermin nicht statt, wenn gegen das Vorhaben keine Einwendungen erhoben worden sind.

Leipzig, den 16. Mai 2024

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
Antrag auf Errichtung und Betrieb
eines Zwischenlagers für gefährliche Abfälle
der Firma Nickelhütte Aue GmbH
am Standort Wasserstraße 49, 08280 Aue-Bad Schlema
– Auslegung des Antrages und der Unterlagen –**

Gz.: 44-8431/2863

Vom 21. Mai 2024

Die Firma Nickelhütte Aue GmbH, Rudolf-Breitscheid-Straße 65–75 in 08280 Aue-Bad Schlema, beantragte mit Datum vom 29. Februar 2024 die Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202) geändert worden ist, für die Errichtung und den Betrieb eines Zwischenlagers für gefährliche Abfälle am Standort Wasserstraße 49 in 08280 Aue-Bad Schlema, Gemarkung Aue, Flurstück 1309/6. Die Anlage unterliegt dem Genehmigungsvorbehalt nach § 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1799) geändert worden ist, in Verbindung mit der Nummer 8.12.1.1 des Anhangs 1 zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen.

Die Änderung beinhaltet im Wesentlichen die Umnutzung einer bereits vorhandenen Industriehalle. Die Halle wurde bisher zur Lagerung von Investitionsgütern genutzt, vorrangig Material zur Ofenausmauerung. Zukünftig sollen hier gefährliche Abfälle, mit Ausnahme von brennbaren Abfällen, in geschlossenen Gebinden mit einer Kapazität von bis zu 2.750 Tonnen gelagert werden

Die voraussichtliche Inbetriebnahme der geänderten Anlage soll im Jahr 2024 erfolgen.

Das Vorhaben bedarf einer Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Es wird hiermit gemäß § 10 Absatz 3 und 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Verbindung mit §§ 8 bis 10a und 12 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist, öffentlich bekannt gemacht.

Genehmigungsbehörde ist die Landesdirektion Sachsen. Die Verfahrensführung erfolgt durch das Referat Immissionsschutz der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Chemnitz, 09120 Chemnitz, Altchemnitzer Straße 41.

Der Genehmigungsantrag und die von der Antragstellerin vorgelegten Unterlagen, mit Ausnahme der Unterlagen nach § 10 Absatz 2 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse), sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die

der Landesdirektion Sachsen zum Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, werden für einen Monat, vom

14. Juni 2024 bis einschließlich 15. Juli 2024

wie folgt für jedermann zur Einsichtnahme bereitgestellt:

1. in der Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz, Referat Immissionsschutz, Zimmer 517, Altchemnitzer Straße 41 in 09120 Chemnitz
Montag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr und von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr und von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Mittwoch von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr und von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Donnerstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr und von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr,
2. in der Stadtverwaltung Große Kreisstadt Aue-Bad Schlema, Stadtplanungsamt, Zimmer 210, Goethestraße 5 in 08280 Aue
Montag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr und von 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr
Dienstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr und von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Mittwoch von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
Donnerstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr und von 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr
Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr und
3. auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen als Anlage im PDF-Format zu dieser Bekanntmachung, unter dem Link:
<https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung>
und weiterführendem Pfad linksseitig: Umweltschutz, Immissionsschutz
sowie im Weiteren rechtsseitig: Erzgebirgskreis-Nickelhütte Aue GmbH.

Weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die der Landesdirektion Sachsen erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, werden der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht.

Einwendungen gegen das Vorhaben können

bis einschließlich 15. August 2024

schriftlich oder elektronisch bei einer der vorgenannten Stellen vorgebracht werden. Der Zugang für elektronische Do-

kumente ist auf die Dateiformate .docx und .pdf beschränkt. Die Übermittlung des elektronischen Dokuments hat an die Adresse post@lds.sachsen.de zu erfolgen. Es gilt das Eingangsdatum.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind gemäß § 10 Absatz 3 Satz 5 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für das Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Das gilt nicht für ein sich anschließendes Widerspruchs- und Klageverfahren.

Die Einwendungen müssen leserlich neben dem Vor- und Familiennamen auch die volle Anschrift des Einwenders tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Vor- und Familiennamen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus können auch nur solche Einwendungen berücksichtigt werden, die konkret angeben, welche Beeinträchtigungen befürchtet werden. Die Einwendungsschreiber werden der Antragstellerin zwecks Stellungnahme zur Kenntnis gegeben. Die Antragstellerin ist zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verpflichtet. Die Behörde soll auf Verlangen des Einwenders dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe an die Antragstellerin unkenntlich machen, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht

erforderlich sind. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.lds.sachsen.de/datenschutz.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Landesdirektion Sachsen nach pflichtgemäßem Ermessen über die Durchführung eines Erörterungstermins.

Für den Fall, dass die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen zu erörtern sind, wird der Erörterungstermin hiermit für den

4. September 2024 ab 10:00 Uhr

im Traditionsraum über der Kantine der Firma Nickelhütte Aue GmbH, Rudolf-Breitscheid-Straße 65–75 in 08280 Aue bestimmt. Der Erörterungstermin ist öffentlich.

Einwendungen, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, werden im Erörterungstermin nicht behandelt.

Es wird darauf hingewiesen, dass die erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben von Vertretern der Antragstellerin oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden.

Der Wegfall des Erörterungstermins wird öffentlich bekannt gemacht.

Die Entscheidung über den Antrag wird öffentlich bekannt gemacht. Die Zustellung der Entscheidung über den Genehmigungsantrag an die Personen, die Einwendungen erhoben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Diese Bekanntmachung ist bis zum Ende der Einwendungsfrist auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz einsehbar.

Chemnitz, den 21. Mai 2024

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Verbandssatzung und der Bildung
des Zweckverbandes Lessingbad Kamenz vom 25./26. März 2024**

Gz.: 20-2217/198/1

Vom 21. Mai 2024

Die Landesdirektion Sachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheiden vom 6. Mai 2024 auf der Grundlage der §§ 48 und 49 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die vom Kreistag des Landkreises Bautzen am 25. März 2024 und vom Stadtrat der Großen Kreisstadt Kamenz am 26. März 2024 beschlossene Verbandssatzung des Zweckverbandes Lessingbad Kamenz und damit die Bildung des Zweckverbandes genehmigt.

Am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Verbandssatzung im Sächsischen Amtsblatt tritt die Verbandssatzung in Kraft und der Zweckverband Lessingbad Kamenz entsteht.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 21. Mai 2024

Landesdirektion Sachsen
Bauschke
Referent
in Vertretung des Referatsleiters

Verbandssatzung des Zweckverbandes Lessingbad Kamenz

Präambel

Der Landkreis Bautzen und die Stadt Kamenz bilden zum Zweck der Errichtung und Betreibung des Kombi-Bades „Lessingbad Kamenz“ einen Zweckverband auf Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der aktuell gültigen Fassung und haben sich entsprechend der Regelungen der § 48 Abs. 1 und § 11 Abs. 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09.02.2022 (SächsGVBl. S. 134), im öffentlich-rechtlichen Vertrag vom 10.01.2024 über die Geltung der folgenden Satzung geeinigt:

§ 1

Name und Sitz, Geschäftsjahr

(1) Der Zweckverband führt den Namen Lessingbad Kamenz. Er hat seinen Sitz in Kamenz, Landkreis Bautzen.

(2) Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

§ 2

Verbandsmitglieder

- (1) Mitglieder des Zweckverbandes sind:
- der Landkreis Bautzen sowie
 - die Stadt Kamenz.

(2) Weitere Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie natürliche und juristische Personen des privaten Rechts können Mitglied des Zweckverbandes sein, wenn die Erfüllung der Verbandsaufgabe dadurch gefördert wird und Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.

(3) Der Austritt eines Verbandsmitgliedes bedarf der Zustimmung der Versammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der satzungsgemäßen Stimmzahl der Mitglieder und der Genehmigung der oberen Rechtsaufsichtsbehörde. Die Bedingungen des Austritts sind zwischen dem Zweckverband und dem austretenden Verbandsmitglied festzulegen. Sie müssen:

- a) den Aufwendungen des Zweckverbandes für das austretende Verbandsmitglied und der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens für die im Zweckverband verbleibenden Verbandsmitglieder Rechnung tragen und
- b) den Anteil des austretenden Verbandsmitgliedes an einer Vermögensbildung des Zweckverbandes berücksichtigen.

Der Austritt darf dem Verbandszweck vom Grunde her nicht zuwiderlaufen.

§ 3

Aufgaben des Zweckverbandes

(1) Der Zweckverband errichtet und betreibt das Kombi-Bad Lessingbad Kamenz mit ganzjähriger Nutzungsmöglichkeit in seiner Trägerschaft. Der Zweckverband übernimmt zudem das Hallenbad Kamenz in seine Trägerschaft und betreibt dieses bis zur Inbetriebnahme des Kombi-Bades. Er kann zur Erfüllung der Aufgaben nach Satz 1 und 2 die Betriebsführung auf Dritte übertragen.

(2) Die Betreibung des Kombi-Bades dient primär der Förderung des Tourismus in der Region und der damit verbundenen Wirtschaftszweige. Ergänzend kann ein Teil des Kombi-Bades für das Schulschwimmen und den Vereinssport genutzt werden und stellt daher auch einen Baustein in der örtlichen Daseinsvorsorge dar.

(3) Das Anlagevermögen und die Infrastruktur des Lessingbades Kamenz befinden sich im Eigentum des Zweckverbandes.

§ 4

Verbandsorgane

Die Verbandsorgane sind:

- a) die Verbandsversammlung
- b) der Verbandsvorsitzende

§ 5

Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus insgesamt 6 Mitgliedern, davon jeweils drei Vertretern eines jeden Verbandsmitgliedes. Vorsitzender der Verbandsversammlung ist der Verbandsvorsitzende.

(2) Der Landkreis wird durch den Landrat, die Stadt Kamenz durch den Oberbürgermeister vertreten, sofern nicht auf deren Vorschlag das jeweilige Hauptorgan des Verbandsmitgliedes einen anderen leitenden Bediensteten zum Vertreter wählt.

(3) Es gibt insgesamt 2 Stimmen. Der Stimmenanteil des Landkreises beträgt 50 % (1 Stimme); der Stimmenanteil der Stadt Kamenz beträgt 50 % (1 Stimme).

(4) Darüber hinaus entsendet jedes Verbandsmitglied 2 weitere Vertreter, die für den Landkreis aus der Mitte des Kreistages und für die Stadt Kamenz aus der Mitte des Stadtrates zu wählen sind. Für jeden weiteren Vertreter ist jeweils ein Stellvertreter zu wählen, der diesen im Falle seiner Verhinderung vertritt. Für diese Vertreter der Verbandsmitglieder, die kraft ihres kommunalen Wahlamtes der Verbandsversammlung angehören, endet das Amt als Vertreter mit dem Ende der Wahlperiode. § 16 Abs. 4 Satz 1 2. Halbsatz SächsKomZG bleibt hierbei unberührt.

§ 6

Einberufung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung wird durch den Vorsitzenden schriftlich oder elektronisch einberufen. Die Einladung muss Tageszeit und Tagungsort sowie die Beratungsgegenstände angeben und soll den Verbandsmitgliedern in angemessener Frist, mindestens 2 Wochen vor der Sitzung zugehen.

(2) Die Verbandsversammlung ist jährlich mindestens zwei Mal einzuberufen. Sie muss einberufen werden, wenn die Lage des Verbandes es verlangt, auf Antrag der Aufsichtsbehörde oder wenn ein Fünftel der Vertreter in der Verbandsversammlung dies schriftlich unter Angabe der Beratungsgegenstände beantragt.

§ 7**Aufgaben der Versammlungsversammlung**

(1) Die Versammlungsversammlung ist das Hauptorgan des Zweckverbandes und überwacht die Ausführung ihrer Beschlüsse. Sie entscheidet über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit nicht der Verbandsvorsitzende auf Grund dieser Satzung oder kraft Gesetzes zuständig ist oder ihm die Versammlungsversammlung bestimmte Aufgaben überträgt.

(2) Die Versammlungsversammlung ist insbesondere zuständig für:

- a) die Änderung der Verbandssatzung, den Erlass, die Änderung und Aufhebung sonstiger Satzungen und Ordnungen,
- b) die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan sowie die Haushaltssatzung mit ihren Teilen und Anlagen einschließlich der Festsetzung der Umlagen,
- c) die Feststellung des Jahresabschlusses,
- d) die Festsetzung der Gebühren und Entgelte,
- e) die Aufnahme weiterer Verbandsmitglieder, das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern und die Auflösung des Zweckverbandes,
- f) die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters,
- g) die Übernahme weiterer Aufgaben,
- h) die Entscheidung über die Ausführung von Bauvorhaben bei einem Betrag von mehr als 100.000 Euro im Einzelfall sowie die Realisierung von sonstigen Vorhaben (Lieferungen und Dienstleistungen) bei einem Betrag von mehr als 50.000 Euro im Einzelfall. Die Wertgrenze bezieht sich auf den einheitlichen wirtschaftlichen Vorgang.
- i) die Übernahme von Bürgschaften sowie die Bestellung sonstiger Sicherheiten, die Entscheidung über über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bezüglich Bauleistungen, soweit diese im Einzelfall einen Betrag von 50.000 Euro übersteigen, sowie bezüglich sonstiger Leistungen (Lieferungen und Dienstleistungen), soweit diese im Einzelfall einen Betrag von 10.000 Euro übersteigen,
- j) den Erwerb, die Belastung und die Veräußerung von Grundstücken des Zweckverbandes,
- k) die Errichtung, Erweiterung, Übernahme und Veräußerung von Einrichtungen des Zweckverbandes.

§ 8**Beschlussfassung der Versammlungsversammlung**

Die Versammlungsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsgemäßen Stimmen der Versammlungsversammlung vertreten ist. Sie beschließt mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmen, sofern gesetzlich keine höhere oder durch diese Satzung keine andere Mehrheit vorgesehen ist. Ist die Versammlungsversammlung nicht beschlussfähig, wird innerhalb von sechs Wochen eine neue Versammlungsversammlung einberufen. Die erneut einberufene Versammlungsversammlung ist unabhängig von der Zahl der anwesenden Verbandsräte oder ihrer Stellvertreter beschlussfähig, wenn hierauf in der Einladung ausdrücklich hingewiesen wurde.

§ 9**Rechtsstellung der Vertreter**

Die Vertreter der Versammlungsversammlung sind ehrenamtlich tätig.

§ 10**Verbandsvorsitzender**

(1) Der Verbandsvorsitzende und dessen Stellvertreter werden von der Versammlungsversammlung aus der Mitte der gemäß § 5 Abs. 2 entsandten Vertreter mit mindestens zwei Dritteln der satzungsgemäßen Stimmen gewählt.

(2) Die Amtsdauer des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters endet mit dem Ablauf ihrer Wahlperiode bzw., soweit diese keine kommunalen Wahlbeamten sind, nach längstens fünf Jahren.

(3) Der Verbandsvorsitzende übt sein Amt bis zum Amtsantritt des neu Gewählten weiter aus.

§ 11**Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden**

(1) Der Verbandsvorsitzende vertritt den Zweckverband nach außen und vollzieht die Beschlüsse der Versammlungsversammlung. Er ist insbesondere zuständig für:

- a) Vollzug des Haushaltsplanes,
- b) Entscheidung über die Ausführung von Bauvorhaben bis zu einem Betrag von 100.000 EUR im Einzelfall sowie die Realisierung von sonstigen Vorhaben (Lieferungen und Dienstleistungen) bis zu einem Betrag von 50.000 EUR im Einzelfall. Die Wertgrenze bezieht sich auf den einheitlichen wirtschaftlichen Vorgang,
- c) Entscheidung über die Vergabe von Bauleistungen sowie Lieferungs- und Dienstleistungen einschließlich freiberuflicher Leistungen im Rahmen des Haushaltsplanes,
- d) den Abschluss, die Änderung und Auflösung von Verträgen,
- e) für über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bezüglich Bauleistungen bis zu einer Höhe von 50.000 EUR im Einzelfall sowie bezüglich sonstiger Leistungen (Lieferungen und Dienstleistungen) bis zu einer Höhe von 10.000 EUR im Einzelfall,
- f) die Aufnahme von Krediten für Investitionen/Investitionsfördermaßnahmen im Rahmen der Haushaltssatzung,
- g) die Aufnahme von Kassenkrediten im Rahmen der Haushaltssatzung.

(2) Durch besonderen Beschluss der Versammlungsversammlung können dem Vorsitzenden im Einzelfall weitere Aufgaben zur selbständigen Erledigung übertragen werden.

§ 12**Rechtsstellung des Verbandsvorsitzenden**

Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig.

§ 13**Geschäftsstelle**

(1) Der Zweckverband unterhält eine Geschäftsstelle. Die Geschäftsstelle führt die Verwaltungsgeschäfte für den Verband nach den Weisungen des Verbandsvorsitzenden.

(2) Die Geschäftsstelle wird von einem Geschäftsführer geleitet.

§ 14 Beschäftigte

(1) Der Zweckverband beschäftigt hauptamtliche Bedienstete. Es wird ein hauptamtlicher Bediensteter zur Leitung der Geschäfte des Zweckverbandes (Geschäftsführer) beschäftigt.

(2) Die Ernennung, Einstellung, Höhergruppierung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidung bezüglich des Geschäftsführers obliegt der Verbandsversammlung.

(3) Die Ernennung, Einstellung, Höhergruppierung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidung bezüglich der übrigen Bediensteten des Zweckverbandes obliegt dem Verbandsvorsitzenden nach Maßgabe des von der Verbandsversammlung im Rahmen der Haushaltssatzung beschlossenen Stellenplanes.

§ 15 Haushaltswirtschaft und Prüfungswesen

(1) Auf die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung des Zweckverbandes finden die für kommunale Eigenbetriebe geltenden Vorschriften entsprechend Anwendung. Dabei tritt an die Stelle:

der Gemeinde	der Zweckverband,
der Betriebssatzung	die Verbandssatzung,
des Gemeinderates	die Verbandsversammlung,
des Bürgermeisters	der Verbandsvorsitzende.

(2) Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

(3) Der Zweckverband lässt die örtliche Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Bautzen durchführen.

§ 16 Deckung des Finanzbedarfs, Umlageschlüssel

(1) Der Zweckverband führt das Lessingbad Kamenz als öffentliche Einrichtung und trägt sämtliche Kosten, die im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung nach § 3 Abs. 1 entstehen. Die Bedingungen für die Benutzung der öffentlichen Einrichtung werden privatrechtlich ausgestaltet.

(2) Der Zweckverband deckt seinen Finanzbedarf durch Einnahmen aus Eintrittsgeldern, Mieten, Pachten und sonstigen Einnahmen.

(3) Soweit die Einnahmen nach Abs. 2 zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern Umlagen. Die Umlagen werden erhoben für die nicht gedeckten Sach-, Personal- und Betriebsaufwendungen sowie sonstigen nicht gedeckten Kosten (Betriebskostenumlage) sowie für den nicht gedeckten Finanzbedarf zur Errichtung, Erweiterung und Erneuerung der Gemeinschaftsanlagen und den nicht gedeckten Schuldendienst (Investitionskostenumlage).

(4) Der Landkreis Bautzen und die Stadt Kamenz sind entsprechend ihrer Anteile gemäß § 5 Abs. 3 an den Betriebskosten- und Investitionskostenumlagen beteiligt.

(5) Umlagen sind in der jährlichen Haushaltssatzung festzusetzen und zu beschließen. Die voraussichtliche Höhe der Umlage soll den Verbandsmitgliedern zum Zwecke der Haushaltsplanung rechtzeitig mitgeteilt werden. Die Umlage wird in vier Raten jeweils am 18. des zweiten Monats jedes Quartals fällig. Bis zum rechtswirksamen Erlass der Haushaltssatzung für das laufende Wirtschaftsjahr kann der Zweckverband vorläufige Umlagen nach den Sätzen des Vorjahres erheben.

§ 17 Auflösung und Abwicklung

(1) Bei Auflösung des Zweckverbandes wird das vorhandene Vermögen nach Abzug der Verbindlichkeiten im Verhältnis der satzungsgemäßen Stimmen nach Maßgabe des § 5 Abs. 3 auf die Verbandsmitglieder aufgeteilt. Übersteigen die Verbindlichkeiten das vorhandene Vermögen, so ist der Fehlbetrag nach dem gleichen Verhältnis auf die Verbandsmitglieder umzulegen.

(2) Die Verbandsversammlung führt die Liquidation durch. Im Übrigen gelten für die Auflösung des Zweckverbandes und die Abwicklung die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.

§ 18 Streitigkeiten

Bei Streitigkeiten zwischen dem Zweckverband und seinen Verbandsmitgliedern oder bei Streitigkeiten der Verbandsmitglieder untereinander über Rechte und Pflichten aus dem Verbandsverhältnis ist die Rechtsaufsichtsbehörde zur Schlichtung anzurufen.

§ 19 Öffentliche Bekanntmachungen

(1) Die öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen gemäß § 4 SächsEGovG (Sächsisches E-Government-Gesetz) im elektronischen Amtsblatt des Zweckverbandes durch Einstellung auf der Homepage www.hallenbad-kamenz.de. Über die Seite besteht die Möglichkeit, einen Newsletter zu abonnieren bzw. Ausdrücke der Veröffentlichungen anzufordern. Sind Pläne, Karten oder andere zeichnerische Darstellungen Bestandteil einer Satzung, so kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile dadurch ersetzt werden, dass sie zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Dienststunden in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes eingesehen werden können. Hierauf muss in der Veröffentlichung hingewiesen werden.

(2) Soweit durch Rechtsvorschrift die ortsübliche Bekanntmachung bzw. Bekanntgabe vorgeschrieben ist, erfolgt diese nach den Bestimmungen dieser Satzung über die öffentliche Bekanntmachung.

§ 20
Inkrafttreten

Diese Verbandssatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Kamenz, den 02.04.2024

Udo Witschas
Landrat
Landkreis Bautzen

Roland Dantz
Oberbürgermeister
Stadt Kamenz

Ausgefertigt:
Dresden, 21. Mai 2024

Udo Bauschke
Referent Kommunalwesen
in Vertretung des Referatsleiters
Landesdirektion Sachsen

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung

Nach § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften gegenüber der Stadt unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung
des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)**

Gz.: 20-2217/124/9

Vom 21. Mai 2024

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 26. April 2024 auf der Grundlage von § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 26 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134), die von der Verbandsversammlung am 21. März 2024 beschlossene Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig genehmigt.

Die Neufassung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 21. Mai 2024

Landesdirektion Sachsen
Bauschke
Stellv. Referatsleiter

Satzung des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig – ZVNL – (Neufassung inkl. 5. Änderung)

Präambel:

Auf Grund von § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, in Verbindung mit § 61 Abs. 1 und § 26 Abs. 1 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig in ihrer Sitzung am 21.03.2024 die Neufassung der Satzung des ZVNL nach § 26 Abs. 1 SächsKomZG beschlossen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personen- und Funktionsbezeichnungen in dieser Satzung das generische Maskulinum verwendet. Entsprechende Formulierungen gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

§ 1

Rechtsform, Verbandsmitglieder, Verbandsgebiet

(1) Die Verbandsmitglieder gemäß Absatz 3 bilden einen Zweckverband im Sinne des SächsKomZG zur Entwicklung und dauerhaften Sicherstellung eines einheitlichen Schienenpersonennahverkehrsangebotes auf hohem Qualitätsniveau.

(2) Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Aufgaben unter eigener Verantwortung.

(3) Verbandsmitglieder sind der Landkreis Nordsachsen und der Landkreis Leipzig sowie die Kreisfreie Stadt Leipzig.

(4) Das Gebiet des Verbandes umfasst das Territorium seiner Verbandsmitglieder.

(5) Der Beitritt weiterer Gebietskörperschaften ist möglich, wenn diese Aufgabenträger für den Öffentlichen Personennahverkehr sind.

§ 2

Name und Sitz des Verbandes

(1) Der Verband führt den Namen „Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig“ (in Kurzform „ZVNL“).

(2) Der Zweckverband hat seinen Sitz in Leipzig.

§ 3

Aufgaben des Verbandes

(1) Der Zweckverband übernimmt die ihm gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Freistaat Sachsen (ÖPNVG) in der jeweils gültigen Fassung von den Verbandsmitgliedern übertragene Aufgabe des Schienenpersonennahverkehrs (nachfolgend SPNV genannt) im Nahverkehrsraum Leipzig.

Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr (nachfolgend ÖSPV genannt) im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNVG verbleibt, soweit in dieser Satzung keine anderweitigen Regelungen getroffen werden, bei den jeweiligen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes, vorbehaltlich der Entscheidung eines Verbandsmitgliedes zur Übertragung einzelner Aufgaben gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2 ÖPNVG.

(2) Der Zweckverband wird in Abstimmung und im Einvernehmen mit den Verbandsmitgliedern in ihrer Eigenschaft als Aufgabenträger für den ÖSPV einen regionalen Nahverkehrsplan erstellen, koordinieren und diesen fortschreiben.

(3) Zur Aufgabenträgerschaft des Zweckverbandes für den SPNV gehört insbesondere die Wahrnehmung folgender Aufgaben:

1. Der Zweckverband ist als der zuständige Aufgabenträger für den SPNV gemäß § 3 Abs. 1 des ÖPNVG für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des SPNV in seinem Verbandsgebiet verantwortlich.
2. Der Zweckverband entscheidet über die zu bestellenden Verkehrsleistungen im SPNV im Rahmen der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel.
3. Der Zweckverband wirkt bei der Aufstellung des jährlich fortzuschreibenden Landesinvestitionsprogramms des Freistaates Sachsen für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs mit.
4. Der Zweckverband unterstützt im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten ein gemeinsames Marketing mit seinen ÖPNV-Vertragspartnern.
5. Der Zweckverband unterstützt Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs gemäß § 2 ÖPNVFinVO.

(4) Der Zweckverband wird mit den angrenzenden sächsischen Zweckverbänden und den Aufgabenträgern für den Schienenpersonennahverkehr in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen das erforderliche Angebot des verbandsgrenzenüberschreitenden SPNV abstimmen.

(5) Der ZVNL kann weitergehende Finanzierungen innerhalb des Verbandsgebietes und der ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschließlich im Rahmen der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNVFinVO) bzw. weiterer landesrechtlicher Regelungen in der jeweils gültigen Fassung übernehmen. Der ZVNL ist berechtigt, auf der Grundlage dieser Verordnungen die Kriterien der Ausreichung der Ausgleichsleistungen festzulegen und die Mittel auf der Grundlage entsprechender Anträge der Verkehrsunternehmen auszureichen.

§ 4 Verbandsorgane

Die Organe des Zweckverbandes sind:

1. die Verbandsversammlung,
2. der Verwaltungsrat sowie
3. der Verbandsvorsitzende.

§ 5 Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder.

(2) Jeder Landkreis wird durch seinen Landrat und die Kreisfreie Stadt Leipzig durch ihren Oberbürgermeister in der Verbandsversammlung vertreten, sofern nicht auf dessen Vorschlag das jeweilige Hauptorgan durch Beschluss dauerhaft einen anderen leitenden Bediensteten zum Vertreter wählt.

(3) Für den Fall der Verhinderung des Oberbürgermeisters oder eines Landrats gelten die Regelungen zur Verhinderungsstellvertretung gemäß § 55 Abs. 3, § 54 Abs. 1 SächsGemO bzw. § 50 Abs. 2 der Landkreisordnung des Freistaates Sachsen (SächsLKrO) in der jeweils gültigen Fassung.

Abweichend hiervon ist der Verhinderungsstellvertreter für einen nach Abs. 2 Halbsatz 2 entsandten Vertreter vom Hauptorgan zu wählen.

(4) Zusätzlich entsendet jedes Verbandsmitglied zwei weitere Vertreter in die Verbandsversammlung. Die weiteren Vertreter werden durch die Hauptorgane der Verbandsmitglieder (Kreistag/Stadtrat) für deren Wahlperiode aus ihrer Mitte gewählt.

Für jeden weiteren Vertreter ist aus der Mitte des jeweiligen Hauptorgans ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen.

(5) Nach Ablauf der Wahlperiode üben die bisherigen Vertreter in der Verbandsversammlung ihre Tätigkeit bis zur Neuwahl durch die Verbandsmitglieder weiter aus.

(6) Scheidet ein Vertreter oder Stellvertreter vorzeitig aus dem Hauptorgan des jeweiligen Verbandsmitgliedes (Kreistag/Stadtrat) aus, so endet damit auch seine Zugehörigkeit zur Verbandsversammlung.

In diesem Fall ist durch das Hauptorgan des betroffenen Verbandsmitgliedes unverzüglich für den Rest der Wahlperiode ein Nachfolger für den Vertreter oder den Stellvertreter zu wählen und in die Verbandsversammlung zu entsenden. Über diese Entscheidung des Hauptorgans ist die Geschäftsstelle des ZVNL unverzüglich zu informieren.

§ 6 Aufgaben und Zuständigkeiten der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Zweckverbandes. Sie legt die Grundsätze für die Verwaltung des Verbandes fest und entscheidet über alle Angelegenheiten, die für den Verband von grundsätzlicher Bedeutung oder von wesentlicher Wichtigkeit sind. Die Verbandsversammlung überwacht die Ausführung ihrer Beschlüsse. Sie überwacht auch die Verbandsverwaltung.

Die Verbandsversammlung entscheidet auf Grundlage der Verbandssatzung über alle Angelegenheiten des Verbandes und nimmt die Aufgaben des Zweckverbandes wahr, soweit sie nicht von Gesetzes wegen oder auf Grund von Bestimmungen dieser Satzung oder durch Beschluss der Verbandsversammlung in die Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden oder des Verwaltungsrates fallen. Über folgende Angelegenheiten entscheidet ausschließlich die Verbandsversammlung:

1. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters,
2. die Änderung der Verbandssatzung,
3. den Beschluss über die Haushaltssatzung (inkl. Nachtragssatzung) sowie die Festlegung der Verbandsumlage,
4. die Feststellung des Jahresabschlusses,
5. die haushalts- und vermögensrechtlichen Entscheidungen von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung,
6. die Bestellung oder Abbestellung von Verkehrsleistungen im SPNV und im Busersatzverkehr, soweit nicht durch Beschluss der Verbandsversammlung dem Verbandsvorsitzenden, dem Verwaltungsrat oder der Geschäftsführung für bestimmte Verkehre die Entscheidungsbefugnis übertragen worden ist,
7. den Beschluss über den Nahverkehrsplan für den Nahverkehrsraum,
8. die Beschlüsse über verkehrspolitische Leitlinien,
9. das Errichten, Übernehmen, Unterhalten, Erweitern und Beteiligen an öffentlich-rechtlichen Körperschaften, privatrechtlichen Gesellschaften oder Vereinen sowie den Beitritt des Verbandes zu anderen Verbänden bzw. andere Formen der Zusammenarbeit,
10. den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung der Geschäftsordnung für die Verbandsversammlung, den Verwaltungsrat und den Verbandsvorsitzenden,
11. die Aufnahme neuer Mitglieder, auch länderübergreifend, sofern die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen, das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern und die Auflösung des Zweckverbandes,
12. die Anstellung und Entlassung des Geschäftsführers der Geschäftsstelle des Zweckverbandes,
13. die Bildung von beratenden Ausschüssen,
14. die Übertragung von Aufgaben auf den Verbandsvorsitzenden oder den Verwaltungsrat
15. die jährliche Bestimmung des Rechnungsprüfungsamtes welches den Jahresabschluss prüft. Hierbei kann die Verbandsversammlung durch Beschluss auch für maximal zwei Haushaltsjahre hintereinander die Prüfung der Jahresrechnungen auf ein Rechnungsprüfungsamt übertragen.

(2) Die Verbandsversammlung kann sich eine Geschäftsordnung geben, die die Einzelheiten des Geschäftsganges regelt.

§ 7 Sitzungen der Verbandsversammlung

(1) Die Sitzungen der Verbandsversammlung werden vom Verbandsvorsitzenden einberufen und geleitet.

(2) Die Einladung zur Verbandsversammlung erfolgt durch den Verbandsvorsitzenden in schriftlicher oder elektronischer Form unter Angabe von Tag, Zeit und Ort der Versammlung und unter Beifügung der Tagesordnung sowie der für die Beratung erforderlichen Unterlagen mit einer Frist von zehn Kalendertagen.

In Eilfällen kann die Verbandsversammlung zu einer außerordentlichen Sitzung ohne Frist, formlos und lediglich unter Angabe der Verhandlungsgegenstände einberufen werden.

(3) Die Verbandsversammlung ist mindestens einmal jährlich einzuberufen. Sie ist unverzüglich einzuberufen, soweit die Geschäftslage es erfordert oder wenn ein Fünftel der Vertreter in der Verbandsversammlung schriftlich die Einberufung unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes verlangt.

(4) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich, sofern nicht das öffentliche Wohl oder die berechtigten Interessen Einzelner eine nicht öffentliche Verhandlung erfordern.

(5) Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift gem. § 40 Abs. 1 SächsGemO zu fertigen. Die Niederschrift ist vom Sitzungsleiter und zwei anwesenden Vertretern der Verbandsmitglieder sowie dem Schriftführer zu unterzeichnen.

§ 8

Beschlussfähigkeit und Abstimmungen der Verbandsversammlung

(1) In der Verbandsversammlung haben die Landkreise Nordsachsen und Leipzig jeweils drei Stimmen und die Stadt Leipzig vier Stimmen.

(2) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Vertreter der Verbandsmitglieder sowie mindestens zwei Stimmführer anwesend sind.

(3) Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist binnen drei Tagen eine neue Sitzung einzuberufen. Der Termin der neuen Versammlung muss mindestens eine Woche und höchstens vier Wochen nach dem ursprünglichen Termin liegen. Die Verbandsversammlung ist in der zweiten Sitzung beschlussfähig, wenn mindestens drei satzungsmäßige Stimmen ordnungsgemäß vertreten sind. Bei der Einberufung der zweiten Sitzung ist hierauf ausdrücklich hinzuweisen.

(4) Die Stimmen eines Verbandsmitgliedes können nur einheitlich durch den jeweiligen Stimmführer abgegeben werden. Stimmführer ist der gemäß § 5 Abs. 2 entsandte Vertreter des jeweiligen Verbandsmitgliedes oder dessen Verhinderungsstellvertreter nach § 5 Abs. 3.

(5) Beschlüsse bedürfen mindestens der Mehrheit der satzungsmäßigen Stimmen, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen oder diese Satzung andere Mehrheitserfordernisse vorsehen.

(6) Gegen Beschlüsse der Verbandsversammlung, die für ein Verbandsmitglied von besonderer Wichtigkeit oder erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung sind, kann dieses binnen drei Wochen nach der Beschlussfassung Einspruch einlegen. Für das Einspruchsverfahren kommt § 19 Abs. 3 SächsKomZG zur Anwendung.

(7) Eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen aller Verbandsmitglieder ist bei Beschlüssen nach § 6 Nr. 3, Nr. 6, Nr. 9, und Nr. 14 erforderlich. Der Beschluss nach § 6 Nr. 7, Nr. 11 und Nr. 12 bedarf der Einstimmigkeit aller Verbandsmitglieder.

§ 9

Änderung der Verbandssatzung

Der Beschluss über die Änderungen der Verbandssatzung setzt eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen aller Vertreter in der Verbandsversammlung voraus. Änderungen bedürfen darüber hinaus der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde.

§ 10

Wahl des Verbandsvorsitzenden

(1) Der Verbandsvorsitzende wird aus der Mitte der Verbandsversammlung, sein Stellvertreter wird aus der Mitte des Verwaltungsrates gewählt.

Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter müssen dem Kreis der gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG entsandten Vertretern angehören.

(2) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden für die Dauer von fünf Jahren, sind sie Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandmitgliedes, für die Dauer dieses Amtes gewählt.

(3) Nach Ablauf einer Wahlperiode nimmt der bisherige Vorsitzende sein Amt bis zur Neuwahl gemäß Absatz 1 weiter wahr.

§ 11

Aufgaben und Zuständigkeiten des Verbandsvorsitzenden

(1) Der Verbandsvorsitzende ist Leiter der Verbandsverwaltung.

Der Verbandsvorsitzende ist Vorsitzender der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates. Er bereitet die Sitzungen der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates vor, leitet sie und vollzieht ihre Beschlüsse.

(2) Der Verbandsvorsitzende vertritt den Zweckverband nach außen.

(3) Der Verbandsvorsitzende erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz, diese Satzung oder von der Verbandsversammlung übertragenen Aufgaben.

Er ist insbesondere zuständig für die Aufgaben, die nicht von grundsätzlicher Bedeutung für den Verband sind und für die nicht der Verwaltungsrat zuständig ist, sowie die innere Organisation der Verbandsverwaltung.

(4) In dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung auch nicht bis zu einer ohne Frist und formlos einzuberufenden Sitzung (außerordentliche Sitzung) der Verbandsversammlung aufgeschoben werden kann, entscheidet der Verbandsvorsitzende an Stelle der Verbandsversammlung oder des Verwaltungsrates. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind der Verbandsversammlung bzw. dem Verwaltungsrat unverzüglich mitzuteilen.

(5) Bei überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und/oder Auszahlungen entscheidet der Verbandsvorsitzende bis zu einer Höhe von 300.000 EUR. Darüber hinaus kann der Verbandsvorsitzende bis zu einer Höhe von 500.000 EUR über überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und/oder Auszahlungen im

Rahmen der ÖPNV-Förderung des Zweckverbandes für Investitionsvorhaben entscheiden, soweit für die Ausgabe innerhalb der Planung der Gesamtvorhaben eine Deckung gewährleistet ist.

(6) Der Verbandsvorsitzende kann einzelne seiner Befugnisse seinem Stellvertreter übertragen. Der Verbandsvorsitzende kann Aufgaben auf die Geschäftsführung gemäß § 16 zur eigenständigen Erledigung übertragen.

(7) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig.

§ 12

Zusammensetzung des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat besteht aus dem Verbandsvorsitzenden, dem nach der Geschäftsverteilung zuständigen Beigeordneten der Stadt Leipzig sowie aus den gesetzlichen Vertretern der Landkreise.

(2) Anstelle der nach Abs. 1 entsandten Vertreter kann durch Beschluss des Hauptorgans auch ein anderer leitender Bediensteter dauerhaft als Vertreter in den Verwaltungsrat entsandt werden.

(3) Im Übrigen gelten für den Verwaltungsrat die Regelungen zur Verhinderungsstellvertretung nach § 5 Abs. 3 dieser Satzung entsprechend. Für den nach Absatz 1 entsandten Vertreter der Stadt Leipzig ist durch Beschluss des Stadtrates ein Verhinderungsstellvertreter zu wählen.

§ 13

Aufgaben und Zuständigkeiten des Verwaltungsrates

(1) Zur dauernden Erledigung bestimmter Aufgaben wurde durch den Zweckverband ein Verwaltungsrat gebildet.

(2) Dem Verwaltungsrat obliegt die Vorberatung aller Angelegenheiten von besonderer Bedeutung.

(3) Der Verwaltungsrat entscheidet über die Angelegenheiten, die ihm nach dieser Satzung oder im Einzelfalle von der Verbandsversammlung zur Entscheidung übertragen worden sind, und soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt.

Der Verwaltungsrat ist insbesondere zuständig für:

1. die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und/oder Auszahlungen über 300.000 EUR, aber nicht mehr als 500.000 EUR,
2. die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und/oder Auszahlungen im Rahmen der ÖPNV-Förderung über 500.000 EUR, aber nicht mehr als 1.000.000 EUR,

Der Verwaltungsrat kann die Erledigung einzelner dieser Aufgaben dem Verbandsvorsitzenden übertragen.

(4) Im Rahmen seiner Zuständigkeit entscheidet der Verwaltungsrat an Stelle der Verbandsversammlung. Durch Beschluss der Verbandsversammlung können dem Verwaltungsrat im Einzelfall weitere Zuständigkeiten übertragen werden.

§ 14

Sitzungen des Verwaltungsrates

(1) Für den Geschäftsgang des Verwaltungsrates finden die für die Verbandsversammlung geltenden Vorschriften, insbesondere § 7, entsprechende Anwendung, soweit diese Satzung keine abweichenden Regelungen vorsieht.

(2) Die Sitzungen des Verwaltungsrates sind nichtöffentlich, sofern er (vor-)beratend tätig wird. Entscheidet bzw. beschließt der Verwaltungsrat entsprechend § 13 Abs. 3 dieser Satzung sowie in weiteren Fällen aufgrund von Aufgaben-delegation der Verbandsversammlung sind diese Sitzungen öffentlich, soweit nicht im Einzelfall in entsprechender Anwendung von § 7 Abs. 4 dieser Satzung die Öffentlichkeit auszuschließen ist.

§ 15

Beschlussfähigkeit und Abstimmungen des Verwaltungsrates

(1) Im Verwaltungsrat haben die Landkreise Nordsachsen und Leipzig jeweils drei und die Stadt Leipzig vier Stimmen.

(2) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn die Sitzung ordnungsgemäß einberufen, mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend sind und diese mindestens über die Hälfte der satzungsmäßigen Stimmen verfügen.

(3) Beschlüsse bedürfen mindestens der Mehrheit der satzungsmäßigen Stimmen, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen oder diese Satzung andere Mehrheitserfordernisse vorsehen.

§ 16

Geschäftsführer

(1) Mit der Abwicklung der Geschäfte des Verbandes wird ein hauptamtlicher Geschäftsführer betraut. Seine Verantwortlichkeit erstreckt sich auf die durch die Aufgabenträger des Schienenpersonennahverkehrs wahrzunehmenden gesetzlichen Aufgaben und Pflichten.

(2) Die Aufgabenübertragung nach § 11 Abs. 6 Satz 2 wird durch eine Organisationsanweisung des Verbandsvorsitzenden geregelt. Darüber hinaus kann der Verbandsvorsitzende im Rahmen des Geschäfts der laufenden Verwaltung mündliche Beauftragungen oder Anweisungen erteilen.

(3) Der Geschäftsführer, im Falle der Verhinderung seine Verhinderungsstellvertretung, hat das Recht an den Sitzungen der Verbandsversammlung teilzunehmen, sofern die Verbandsversammlung im Einzelfall nichts anderes bestimmt.

§ 17

Bedienstete

(1) Der Zweckverband unterhält zur Verwaltung des Verbandes eine Geschäftsstelle und stellt hauptamtliche Bedienstete ein.

Ihr Dienstvorgesetzter ist der Verbandsvorsitzende.

(2) Die Bediensteten sind zur Wahrung von Amts- und Geschäftsgeheimnissen des Zweckverbandes und der Verbandsmitglieder sowie zur Wahrung des Datenschutzes und

zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Dienstobliegenheiten zu verpflichten.

§ 18

Deckung des Finanzbedarfes

1) Der Zweckverband kann, soweit seine sonstigen Erträge und Einzahlungen zur Deckung seines Finanzbedarfes nicht ausreichen, von den Verbandsmitgliedern eine Umlage erheben.

(2) Die Höhe der Umlage wird in der Haushaltssatzung von der Verbandsversammlung für jeweils ein Haushaltsjahr, getrennt nach Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt, festgesetzt. Die Höhe der Umlage eines Verbandsmitgliedes an den Kosten für die Verwaltung bemisst sich an seinem Anteil an den Verkehrsleistungen im SPNV.

(3) Der Finanzbedarf des Zweckverbandes ist Gegenstand eines Haushaltes, den der Vorsitzende der Verbandsversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen hat.

(4) Für die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes gelten die Vorschriften der Gemeindegewirtschaft Sachsen.

§ 19

Rechnungsprüfung/Übertragung der Kassengeschäfte

(1) Der Geschäftsführer hat den Jahresabschluss innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Haushaltsjahres entsprechend den Vorschriften der Sächsischen Gemeindeordnung zur Rechnungsprüfung dem Verbandsvorsitzenden vorzulegen.

(2) Dieser übergibt den Jahresabschluss der Rechnungsprüfung. Der Zweckverband lässt die örtliche Prüfung in wechselnder Reihenfolge durch die Rechnungsprüfungsämter der Verbandsmitglieder durchführen. Die Verbandsversammlung bestimmt für jedes Haushaltsjahr das für die Prüfung zuständige Rechnungsprüfungsamt durch Beschluss. Hierbei kann die Verbandsversammlung durch Beschluss auch für maximal zwei Haushaltsjahre hintereinander die Prüfung des Jahresabschlusses auf ein Rechnungsprüfungsamt übertragen.

Leipzig, den 9. April 2024

Kai Emanuel
Verbandsvorsitzender

§ 20

Abwicklung des Zweckverbandes

(1) Eine Auflösung des Zweckverbandes hat nach den Vorschriften des SächsKomZG zu erfolgen.

(2) Im Falle der Auflösung werden verbleibende Verbindlichkeiten und vorhandenes Verbandsvermögen auf die Verbandsmitglieder aufgeteilt, die dem Verband bei der Beschlussfassung über die Auflösung angehören.

§ 21

Öffentliche Bekanntmachung

(1) Öffentliche Bekanntmachungen und ortsübliche Bekanntgaben des ZVNL erfolgen unter Berücksichtigung der Bekanntmachungs- und Erscheinungsfristen im Amtlichen Anzeiger des Sächsischen Amtsblattes, soweit durch Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmt ist. Die ortsübliche Bekanntgabe von Zeit, Ort und Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates erfolgt im Amtlichen Anzeiger des Sächsischen Amtsblattes.

(2) Sollte eine ordnungsgemäße öffentliche Bekanntmachung unter Einhaltung von Redaktions- und Erscheinungsfristen des Sächsischen Amtsblattes nicht möglich sein, erfolgt die Bekanntgabe nach Abs. 1 in der Gesamtausgabe der Leipziger Volkszeitung (Notbekanntmachung).

(3) Über die öffentlichen Sitzungen der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates wird entsprechend § 36b SächsGemO auf der Homepage des ZVNL informiert.

§ 22

In-Kraft-Treten

Die Neufassung der Verbandssatzung tritt am Tage, nachdem sie zusammen mit ihrer Genehmigung bekannt gemacht worden ist, in Kraft.

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 4 85 26 0
Telefax: 0351 4 85 26 61
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

30. Mai 2024

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 55,88 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 8,03 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 